

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 $\frac{1}{2}$ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweimund siebziger Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Büraus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Kruyski (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn P. Kempner; in Bromberg S. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Rosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Anoncen-Expedition, Taubenstraße 24; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabash; Jenke, Wial & Freynd; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

1 $\frac{1}{2}$ Sgr. für die füngspaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 31. Mai. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem Appellationsgerichts-Rath Lübbe in Breslau den Charakter als Geh. Justiz-Rath; und dem Sekretär und Rendanten der General-Intendantur der Hofmusik, Kanzlei-Rath Roelte, den Charakter als Geh. Kanzlei-Rath und dem Dr. Physitus Dr. Schneider in Münsterberg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; ferner den Geh. Post- und vortragenden Rath bei dem General-Post-Amt Dr. jur. Dambach zu Berlin zum Geh. Ober-Post-Rath, sowie den Post-Kassen-Kontrolleur Krause in Danzig zum Post-Inspektor und den Ober-Post-Sekretär Adrian in Halle a. S. zum Beiträg-Post-Kassen-Kontrolleur zu ernennen.

Der Protestantverein

wurde bekanntlich im September 1863 zu Frankfurt a. M. gegründet und hat seit dieser Zeit drei (von den Lokalvereinen mit bevollmächtigten Deputirten beschickte) Generalversammlungen sog. Protestantentage — 1865 zu Eisenach, 1867 zu Neustadt in der Pfalz, 1868 zu Bremen — abgehalten. Er besteht aus geistlichen und Laien-Mitgliedern. Zu den hervorragendsten Mitgliedern des Vereins gehören die Theologen Holzmann, Hitzig, Karl Schwarz, H. Krause, Sydow, Ewald, Schenkel, Hilgenfeld, Steitz, Petersen, Baumgarten und bekannte Politiker wie Bluntschli, R. v. Bennigsen, v. Holzenkampf, Detter u. A.

Der Zweck des Protestantvereins geht, kurz gesagt, dahin, das protestantische Christenthum mit der modernen Kultur in Übereinstimmung zu setzen. Sein Streben nach Fortentwicklung richtet sich demgemäß auf eine innere (religiöse) und eine äußere (politische) Seite, erstens nämlich, die christliche Lehre mit den Anschauungen, welche Geschichte und Wissenschaft zu den herrschenden gemacht, in Einklang zu setzen, ferner richtet es sich auf eine Umformung der äußeren Gestaltung der Kirche — gegenüber dem Staat und den Laien. Mit Bezug auf den Staat erstrebt der Protestantverein die Trennung der Kirche vom Staat und des Staats von der Kirche. In der zweiten Beziehung will der Protestantverein entsprechend dem von der Ge- genwart aufgesteuerten Prinzip der Selbstverwaltung, und um dem Kirchenregiment auch die Laien sich beteiligen.

Es ist natürlich, daß der Protestantverein in Folge dieses Programms eine große Anzahl Gegner hat. Erstens nämlich diejenigen, welche streng am Glauben und Wort festhalten. Seinem Prinzip der Freiheit gemäß gibt zwar der Verein den verschiedensten theologischen Richtungen Raum, er nimmt auch entschieden Orthodoxe auf, wenn dieselben nur die Berechtigung auch freisinniger Richtungen anerkennen, ja er besitzt sogar eine kleine theologische „Rechte“, indessen, durchdrungen von humanistischen Anschauungen, geht doch sein Streben zu offenbar dahin, die Werke über den Glauben, den Geist oder — wie es richtig heißt — die Deutung über das Wort, die Gestaltung über die kirchlichen Formeln zu setzen, als daß die Anhänger des strengen Glaubens und des streng kirchlichen Lebens ihn nicht als ihren Feind erkennen sollten.

Den zweiten Gegner findet der Protestantverein in jener Partei, welche verlangt, daß der Staat ein christlicher oder noch besser ein Konfessionsstaat sei und andererseits die Kirche eine staatliche, eine Landeskirche, sein müsse. In seinen Theesen über das Verhältniß des modernen Staates zur Religion bemerkt hiergegen Bluntschli, welcher den Staat treffend als „das organisierte Volk“ definiert: „der moderne Staat hat kein besonderes religiöses Bekenntniß.“ Er ist nicht mehr wie der mittelalterliche Staat ein Religionsstaat und nicht mehr wie in den letzten Jahrhunderten Konfessionsstaat. . . . Aber es ist eine zugleich religiöse und politische Wahrheit, daß das Christenthum eine vom Staat unabhängige Religion ist.“ Mit anderen Worten der Staat soll frei von der Kirche, die Kirche frei vom Staat sein. Daraus folgt: 1) die Staatsbürgerechte sind unabhängig von dem Bekenntniß, 2) die Schulen als Staatsanstalten unterliegen nicht der Aufsicht geistlicher Behörden, 3) der Staat hat für diejenigen seiner Bürger, welche sich einer bestimmten Kirche nicht anschließen, Formen zu schaffen, wodurch Alte, die einer öffentlichen Autorisation bedürfen, wie z. B. die Ehe, staatlich sanktioniert werden, also z. B. die Institution der Zivilehe, wie solche im § 19 der preußischen Verfassung zugesagt ist. 4) Andererseits soll der Staat nicht in die Verwaltung der Kirche eingreifen. „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig“, lautet Art. 15 der Verfassung, welcher aber bis jetzt nur mit Bezug auf die römisch-katholische Kirche ausgeführt ist.

Auch auf diesem, dem politischen Gebiet, hat der Protestantverein seinen Hauptgegner in der strengkirchlichen Partei. Sie will es nicht dulden, daß das Bekenntniß nicht mehr ein Hinderniß sein soll, um Richter oder gar Minister zu werden; sie will das Aufsichtsrecht über die Schule behalten, sie verabscheut die Zivilehe und sie will die Macht des Staates über die Kirche nicht aufheben, denn der Staat hat sie mächtig gemacht und hält sie, so daß sie im Staat und in den Fakultäten der Hochschulen herrscht. Daß nun eine solche Partei in der Trennung der Kirche vom Staat eine Gefahr erblickt, ist ebenso begreiflich, als daß sie keine Lust verspürt, einen Theil ihrer Gewalt an die Laien-Gemeinde abzutreten, sie liebt es vielmehr

selbstständig den Gemeinden Kirchenordnungen, Katechismen und Gesangbücher zu verordnen. Gerade dieses Vorgehen hat dem Protestantverein die öffentliche Beachtung zugezogen und Anhänger verschafft. Um den Streit zwischen den liberalen und orthodoxen Geistlichen würde man sich wenig gekümmert haben, wenn nicht Macht- und Interessen-Fragen den theologischen Streit zu einem politischen gemacht hätten. Das Volk ist zu tolerant, als daß es den Glauben auch der Gläubigsten anstehen wollte, aber was man ihnen nicht lassen will, das ist die Macht, ihren Gefinnungsgenossen Bevorzugungen im Staate zu verschaffen und Anderen ihre Meinung aufzudrängen.

In seinem Kampfe gegen alle geistliche Herrschaft, soweit sie sich durch weltliche Macht geltend machen will, richtet der Protestantverein seine Angriffe konsequent auch gegen die römische Hierarchie, und wir sehen ihn jetzt in Worms versammelt, um Protest zu erheben gegen die Einladung des Papstes an die deutschen Protestanten, bei Gelegenheit des Konzils in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzufahren und sich der Herrschaft des römischen Stuhles zu unterwerfen. Bekanntlich hat bereits der evangelische Kirchenrat in Berlin und das Konistorium zu Polen sich gegen die päpstliche Einladung als einen Übergriff ausgesprochen. Aber solche Proteste von protestantischen Kirchenbehörden haben etwas Mizisches, einmal darum weil die Kirchenbehörden bei uns zugleich Staatsbehörden sind und jede ihrer Maßnahmen deßhalb als Regierungsmäßregel angesehen wird. Proteste einer Kirchenbehörde werden in Folgedessen darauf hinwirken, die eifrigsten Katholiken der Regierung zu entfremden.

Außerdem ersezten aber auch diese vereinzelten Proteste nicht eine Kundgebung aus der Mitte des Volkes. Indem nun der Protestantverein eine solche Zurückweisung der päpstlichen Einladung erläßt, wird er wohl auch der Sympathie derjenigen evangelischen Christen sich erfreuen, welche sonst seine Gegner sind.

Berlin, 31. Mai. Die hiesige Kaufmannschaft hat an die Generalpostdirektion des Nordbundes eine Vorstellung gerichtet, in der auf die erschwerenden Umstände aufmerksam gemacht wird, daß bei der Korrespondenz nach Frankreich, Spanien und Portugal das doppelte Porto schon für Briefe über 10 Thot eintritt und bei den durch Frankreich transitorienten Briefen nach Portugal, sowie nach überseeischen Ländern, sogar schon bei Briefen, die über 20 Thot wiegen — ein Umstand, der nur in den Prinzipien der französischen Postverwaltung seinen Grund haben könnte, da bei der Korrespondenz über England, Triest und die Niederlande nach denselben überseeischen Ländern der einfache Brief bis 1 Zollporto schwer sein darf. Ferner wird auf die Höhe der Korrespondenz nach England 5 Sgr. via Belgien und 5 $\frac{1}{2}$ Sgr. via Frankreich für höchstens 20 Thot hingewiesen. Das Generalpostamt hat erwidert, daß es sich auch fernerhin angelegen sein läßt, Erleichterungen in dieser Richtung auf dem Vertragswege zu erlangen. — Nach einem amtlich aufgestellten Abschluß über den Verkehr des Zollvereins pro 1867 gingen über die Nordseehäfen ein: über Bremen 5 Mill. Zentner Waaren, 1 Mill. Scheffel Getreide u. s. w.; über Hamburg 12 Mill. Zentner Waaren, 1 $\frac{1}{2}$ Mill. Scheffel Getreide u. s. w.; über andere Nordseehäfen 2 Mill. Zentner Waaren, 583,000 Scheffel Getreide. Es gingen aus: über Bremen über 10 Mill. Zentner Waaren, 418,000 Scheffel Getreide, 26,700 Stück Vieh u. s. w.; über Hamburg gegen 10 Mill. Zentner Waaren, 3 $\frac{1}{2}$ Mill. Scheffel Getreide, 220,000 Stück Vieh u. s. w.; über die anderen Nordseehäfen: 688,000 Zentner Waaren, 700,000 Scheffel Getreide u. s. w. Über die Ostseehäfen gingen ein: 15 Mill. Zentner Waaren, 1 $\frac{1}{2}$ Mill. Scheffel Getreide u. s. w.; aus gingen 2 $\frac{1}{4}$ Mill. Zentner Waaren, 13 Mill. Scheffel Getreide, 317,000 Schiffslast Holz. — Wenn in verschiedenen Blättern das Gerede austaut, Preußen verhandele neuerdings mit Dänemark über die Gesamtverträge in Betreff Nordschleswigs, so ist davon, wie man hört, in gut unterrichteten Kreisen auch nicht das Geringste bekannt. — Wiederholte sich auf darauf aufmerksam zu machen sein, daß das jüngste Ergebniß der Wahlen in Frankreich — weit davon entfernt, die Hoffnungen des falschen Liberalismus zu erfüllen, vielmehr dazu angehtan ist, der napoleonischen Politik eine kompaktere Majorität zu schaffen und damit gleichzeitig damit die friedlichen Beziehungen zu Deutschland zu verstärken. — Nach einer österreichischen Zeitung soll es beabsichtigt werden, Fürst Konstantin Czartoryski zum Statthalter von Galizien zu ernennen. — Wenn als einen der Gründe über den Aufschub der Reise des Königs angegeben wird, daß das Unwohlsein Sr. Maj. die Verjährung herbeigeführt, so möchte das doch nur insofern seine Geltung haben, als es in dem Wunsche der Ärzte liegt, den König durch die auf der Reise nicht abzuwendenden Anstrengungen und Repräsentationen einen Rückfall in sein Unwohlsein auszusezen, was für Sr. Maj. persönlich um so unangenehmer sein würde, als es ihn verhindern müßte, den Begriff von Egypten entsprechend empfangen zu können. Auch die bevorstehende Eröffnung des Zollparlaments darf dabei nicht

in Erwägung kommen; denn, wie man auch heute noch hört, wird diese durch Graf Bismarck stattfinden. In der heutigen Reichstagssitzung wurde der Branntweinsteuer-Gesetzentwurf in zweiter Lesung beendet. Darauf folgte die zweite Beratung der Wechselstempelsteuer. Wenn vielseitig Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß vom Bundespräsidium die Steuervorlagen nicht zurückgezogen werden, da doch schon durch die Ablehnung des höheren Steuersatzes bei der Branntweinsteuer ein erwünschtes Resultat nicht zu erwarten stehe, so muß man dabei nicht vergessen, daß ja das Unwohlsein des Bundeskanzlers Beschlüsse in dieser Richtung überhaupt nicht zuließen. — Die Nachricht, Herr v. Dachroeden sei zum General-Intendant der f. Museen aussersehen, ist zuvörderst nicht neu; da bekanntlich unter anderen Kandidaten auch diese Persönlichkeit in hohen Kreisen wiederholentlich genannt wurde. Indessen ist in dieser Angelegenheit wohl nichts definitiv bestimmt; umso mehr als es, wie man hört, nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, daß schließlich doch noch Graf Usedom den Posten annimmt.

Berlin, 31. Mai. Wie man gelegentlich die Vorgänge in nächster Nähe erst aus der Ferne erfährt, so bin ich auch auf den verschämt offiziösen Artikel der „Sp. Ztg.“, der mit dem Herrn Bundeskommissar für Hessen in ein gar erschrecklich Strafgericht geht, erst durch die telegraphischen Meldungen süddeutscher Blätter aufmerksam gemacht worden. Um über die Quelle, aus der der sonst ziemlich schweigamen „Sp. Ztg.“ dieser beredte Erguß zugeslossen ist, gar keinen Zweifel bestehen zu lassen, nimmt die „N. Allg. Ztg.“ ihn heute Abend unter ihre besondere Protektion, indem sie ihn mit einigen gegen den Abg. Hagen gerichteten Bemerkungen ihren Spalten einverleibt. Wie, beiläufig bemerkt, der Abg. Hagen dafür verantwortlich werden kann, daß der hessische Bundeskommissar, resp. Herr v. Dalwigk, nicht strikte Ordnung parieren wollen, wird jedem außerhalb des Gedankenganges der „N. Allg. Ztg.“ sich bewegenden Kopf unerbittlich sein. Wir haben ... für Herrn ... und würden es jederzeit verdienstlich finden, wenn die preußische Regierung reibelt ... die separatischen Tendenzen die von ihm am signifikantesten ... werden, offen und unverhohlen zu Feste zogen, dadurch würden sie in der national gesinten hessischen Bevölkerung nicht an Boden verlieren, sondern gewinnen. Aber man muß gestehen, eine unglücklichere Gelegenheit als diese, um über hessischen Particularismus zu zetern, kann es gar nicht geben. Der Artikel der „Sp. Ztg.“ versteigt sich bis zu einigen ominösen Andeutungen über die Missstimmung, die in weiten Kreisen über die Gesamtpolitik des Ministeriums Dalwigk, sowie über die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Kleinstaaten herrsche. Bei anderen Gelegenheiten ist uns, was das letztere betrifft, bekanntlich das gerade Gegenteil versichert worden. Aber wie dem auch sei, jedenfalls wenn die Gesamtpolitik nichts Schlimmeres zu verantworten hat, als das, worin sie durch einen einmütigen Beschluß der hessischen Kammer gedeckt, so wird sie sehr wenige verwundbare Stellen darbieten. Es ist daran zu erinnern, daß erst vor einigen Tagen die hessische 2. Kammer, in der doch die hessische Nationalpartei auch vertreten ist, einstimmig den Beschluß fasste, die Regierung aufzufordern, mit aller Entschiedenheit auf die Zurücknahme der Verordnung hinzuwirken. Indem Herr v. Dalwigk diesem Auftrag nachkommt, handelt es nicht nur konstitutionell, sondern macht sich auch noch populär, und indem man von preußischer Seite grade bei dieser Gelegenheit so erbittert über ihn herfällt, verlegt man nicht allein die eigene Partei, sondern macht Herrn v. Dalwigk auch auf die billigste Weise zum Märtyrer. Und alles dies, wegen des Bruchs der guten bürokratischen Sitte, weil er Hofmann — wie Herr v. Roon in seiner Erregtheit sagte — die Diskussion aus dem Bundesrat in den Reichstag verlegte. Im Bundesrat hätte Herr Hofmann Alles sagen können, aber vor versammeltem Reichstag — bei Leibe nicht, das grenzt an Hochverrat. Ein Hochverrat ist es freilich, aber nur an der keineswegs geheiligten Tradition bürokratischer Geheimnithuerei. Wir geben gerne zu, daß in dem Verfahren des hessischen Bundeskommissars eine beabsichtigte Taktik lag, um das Bundespräsidium in Verlegenheit zu setzen. Diese Taktik parierte man am besten, indem man weder in Verlegenheit noch in Zorn geriet. Eine ganz unglückliche Waffe ist aber eine ungeschickte Zeitungspolemik, die Herr v. Dalwigk lediglich das Material zu einer glänzenden Rechtfertigung darbietet.

Berlin, 31. Mai. Der Abschluß des Vertrages zwischen Preußen und Baden, welcher die Ableistung der Dienstpflicht den beiderseitigen Staatsangehörigen, je an ihrem zeitigen Aufenthaltsorte gestattet, bildet an sich nur den ersten Schritt zu einer Erleichterung der Militärverpflichtung, welche für die sämmtlichen deutschen und norddeutschen Staaten ins Auge gefaßt ist, und die gleichsam als eine naturgemäße Ergänzung des Freizügigkeitsgesetzes gefaßt werden darf. Zunächst findet sich die Ausdehnung des gleichen Abkommens auch auf das Großherzogthum Hessen in Aussicht genommen und steht der Abschluß eines gleichen Vertrages mit diesem Staate vielleicht schon bis zum nächsten Herbst zu erwarten. Auch hat eine Beziehung hierauf bereits in den mit Baden stipulirten Vertragsbestimmungen

gen eine Aufnahme gefunden. Für die norddeutschen Staaten würden sich hingegen die gleichen Vergünstigungen meist schon aus den abgeschlossenen Militärkonventionen ergeben, oder mindestens doch die Ausdehnung derselben kaum irgend welchen Schwierigkeiten unterliegen, und dürfte bei den unmittelbar auf der Hand liegenden Vortheilen eines derartigen Ge- genseitigkeitsvertrages sich auch Sachsen dem Abschluß eines solchen schwerlich zu entziehen vermögen. Von Bayern und Württemberg steht dies nach der neuerdings namentlich in dem ersten Staate so scharf hervorgetretenen partikularistischen Strömung allerdings weit weniger zu erwarten, überhaupt aber verlautet, daß von Preußen mindestens in Hinsicht auf die süddeutschen Staaten unbedingt der Antrag auf den Anschluß abgewertet werden wird, und daß irgend welcher Schritt diesen herbeizuführen durchaus nicht stattfinden werde. — Im Laufe des nächsten Monats wird sichern Vernehmen zufolge mit der Anlage der neuen Küstenbefestigungen ein unmittelbar thatächlicher Anfang gemacht werden. Zunächst soll für die betreffenden Anlagen zur Erleichterung der Herbeiführung des Baumaterials die Verbindung mit den nächsten Chausseen resp. Eisenbahnen eine Ausführung finden, woran sich die Fazirung der Werke anschließen würde. Soviel darüber schon verlautet, wird auch hierbei das schon bei der Düppelstellung und der Hafenfortifikation von Kiel beobachtete Verfahren eine erneute Anwendung finden, diese Befestigungen zunächst nur provisorisch herzustellen, um geeigneten Fällen den Küstenschutz mit jedem gegebenen Moment bewirken zu können, woran sich dann später erst die definitive Ausführung der projektierten Werke anschließen würde. Die nötigen Vermessungen und sonstigen Vorermittelungen zu diesen Fortifikationsanlagen haben schon im vorigen Jahre stattgefunden und ebenso werden die Pläne dazu als bis auf die etwaigen Panzerbefestigungen vollkommen abgeschlossen bezeichnet. — Die Inbaunahme der neuen Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ dürfte, wosfern die dortigen Werke und die sonst für diesen Bau erforderlichen Etablissements bis dahin fertig gestellt werden können, wahrscheinlich bereits mit diesem Herbst erfolgen. Die Besatzung des Baupersonals nach diesem Hafenplatz hat theilweise schon stattgefunden. Ebenso wird mit Ausführung der nötigen Unterfunksträume die Verlegung eines Theils der Werft-Division dabin erfolgen. Dem Vernehmen nach steht auch mit dem gleichen Termine die Errichtung noch einer vierten Kompagnie für die See-Artillerie-Abtheilung, wie die Erweiterung des See-Bataillons um zwei neue Kompagnien zu gewärtigen, welche dann ebenfalls nach diesem neuen Hafen verlegt werden sollen, wo sich außerdem schon eine Kompagnie der See-Artillerie-Abtheilung in Garnison befindet. Die Armierung der neuen Panzerfregatte wird auf 18 Geschütze und zwar für die Thurmgeschütze 450, für die Batteriegeschütze 300-Pfund angegeben, und soll der Panzer derselben an den zum meisten ausgefetzten Stellen mindestens eine Stärke von 10 Zoll besitzen. — Die bei dem vorjährigen Vergleichsschießen hier erlittene Niederlage scheint die englische Geschützfabrication zu den außerordentlichsten Anstrengungen angemutet zu haben. Die Pulverladung des neuzeitlichen Woolwichgeschützes ist von damals 15 auf 54 Pfund gesickezt worden, und ist es mit dieser Ladung gelungen, die siebenzöllige Warriorscheibe noch auf einen Abstand von 2666 Fuß... der Entfernung von ... deutlichen Biertheimeile, glatt zu durchschlagen. Es würde sich demnach das englische dem norddeutschen Geschützsystem, bei welchem die Pulverladung für das gleiche Kaliber sich nur auf 48 Pfund stellt, hierin und damit wahrscheinlich auch in der Kraft der Wirkung vorausfinden, was nun natürlich auch für dies letzte System neue Anstrengungen erforderlich machen dürfte.

— In der heutigen 23. Sitzung des Bundesraths führte

Posens Anteil an der deutschen Literatur.

Studie von Wilhelm Goldbaum.

(Schluß.)

Heinrich Heine durfte mit einem gewissen Rechte über die nach dem Großherzogthum versepten deutschen Beamten spotten, daß sie ihre ganze Weltanschauung auf eine gute Mahlzeit und eine Kanne Bier basierten. Unterseits aber ist nicht zu verkennen, daß es gerade diese deutschen Beamten waren, welche, bevor das germanisirende Prinzip der preußischen Regierung sich geltend machte, die einzigen Peiler deutsche Bildung in Posen waren, ja zum Theil sich selbst schäferisch versuchten. Mittler unter der polnischen Bevölkerung, die sich aus Unkenntniß sowohl, wie aus nationaler Abneigung gegen die deutschen Bestrebungen aufzuprägte und zur Wehr setzte, konnten Einzelne wenig oder gar nichts ausspielen; erst seit 1815 ward auch das Posener Land wieder dem deutschen Geiste erschlossen. Wenn dennoch einige Wenige auf diesem ihrem „verlorenen Posten“ den Rufus des deutschen Geistes hochhielten, so gebührte ihnen dafür Dank und Anerkennung. Vor Allen ist zu erwähnen Michael Kossmeli (geb. 1773 in Pleß), der nach weit ausgedehnten Reisen bis nach Persien, schließlich als Oberlandesgerichtsrath nach Krotoschin kam, wo er am 15. August 1833 starb. In leichter Erzählungen, Märchen, Dramen bewährte er ein ansprechendes leichtflüssiges Talent, und besonders ist sein „Aindor“, ein Seitenstück zu Fr. Schlegels „Lucinde“ ein interessantes, merkwürdiges Buch. Durch seine Überlegungen aus dem Italienischen macht sich S. G. Laube, der seit 1817 als Präsident des Handelstribunals zu Lissa lebte, einen guten Namen. Sein Drama „Ariodante“, 1809 in Posen gedruckt, ist verdientermaßen vergessen, doch seine metrischen Übertragungen des Ariost und Petrarca sind noch heut nicht unbrauchbar. — Endlich verdient noch aus jener sterilen Zeit des Posener Deutschthums eine Dame Erwähnung, die einen ansprechenden Roman verfaßt hat. Es ist die Stettinerin Friederike Adelung (geb. 1783), welche viele Jahre als Gouvernante in Posen zubrachte und dort die größere Erzählung „Emma oder Liebe und Täuschung“ unter dem Pseudonymon Klara schrieb. Der Umstand, daß nur eine einzige Dame in jener Zeit im Posenschen Schriftstellerkreise beweist am besten, wie gering damals Posens Anteil an der deutschen Literatur war. Denn wenn wir auch heute hier und da der Klage begegnen, daß sich das schönere Geschlecht allzu zahlreich auf die Literaturbühne dränge, so sind doch weibliche Gedanken nie mehr in schriftstellerischer Bewegung gewesen, als zu Anfang dieses Jahrhunderts. Es war die Blüthezeit der „Blaustrümpe“.

Das napoleonische Heldengedicht war durch die Katastrophe von Waterloo abgeschlossen; der Wiener Kongreß zog zwischen Deutschland und Posen einen Strich und Posen war vom deutschen Bunde ausgeschlossen. Aber den deutschen Geist vermochte der Wiener Kongreß nicht geographisch zu begrenzen, sonst hätte er vielleicht dem deutschen Bunde mehr Geist zugesetzt. Gerade als Posen verzichten mußte, ein offizielles Süß Deutschland zu sein, vollzog es seine Ehe mit dem deutschen Geist. Die seit 1811 in Breslau begründete Universität trug hierzu nicht das Wenigste bei. Jetzt kommen auch die Söhne Posens leichter und mit geringern Opfern auf eine deutsche Hochschule gelangen und von dort germanische Bildung auf ihren Heimathboden wieder zurückzutragen. Der erste immatrikulirte Student der Universität Breslau war in der That auch ein Posener Kind, der jetzige Professor Brant. Der energisch und mit kluger Mäßigung durchgeführte Plan des preußischen Gouvernements, Posen allmälig für deutsche Besteckungen urbar zu machen, nahm von jetzt ab Gestalt und Farbe an, und

der Präsident des Bundeskanzleramts, Wirkl. Geh. Rath Delbrück, auf Grund einer Substitution des Bundeskanzlers den Borsig. Es wurden die Schreiben des Präsidenten des Reichstags, betreffend a) die Beschlüsse des Reichstags über den Entwurf einer Gewerbeordnung, b) die Zustimmung des Reichstags zu der Literar-Konvention mit der Schweiz, c) den Beschluß des Reichstags wegen Anordnung einer amtlichen Untersuchung über den Einfluß der Zuchthausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter, mitgetheilt. Die vom Präsidium vorgelegten Gesetzentwürfe wegen 1) der Aktiengesellschaften, 2) wegen der Besteuerung der Eisenbahn-Reisen, wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Es folgen mündliche Ausschußberichte über a) den Vertrag mit Baden wegen Einführung der militärischen Freizügigkeit, b) einen Antrag auf Verlezung der Stadt Oels in eine höhere Serviaklasse.

Die Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivil-Prozeß-Ordnung für das Gebiet des Norddeutschen Bundes hat im Mai in 14 ordentlichen Plenarien die Lehre vom ordentlichen Verfahren vor Handelsgerichten und unter den außerordentlichen Procedurarten den Exekutivprozeß erledigt, die Beratung über das Verfahren mit bedeutsamem Zahlungsbefreiung begonnen und die Fassung einer Anzahl neuer Paragraphen des Entwurfs festgestellt.

Nach einer Bekanntmachung des General-Postamts kommt der zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Kirchenstaat am 22. April d. J. abgeschlossene Postvertrag vom 1. Juni d. J. in Ausführung. Nicht reformandire Briefe nach dem Kirchenstaat können entweder bis zum Bestimmungsorte frankirt oder unfrankirt abgesandt werden. Das Gesamtporto beträgt: für frankirte Briefe nach dem Kirchenstaat 3 Groschen pro 15 Gramm inll., für unfrankirte Briefe aus dem Kirchenstaat 5 Groschen pro 15 Gramm inll. Rekommandierte Sendungen müssen stets frankirt werden und unterliegen nächst dem Porto, wie für gewöhnliche frankirte Sendungen gleicher Art, einer Rekommandationsgebühr von 2 Groschen.

Worms, 31. Mai. Die Zahl der eingetroffenen Fremden wird auf ca. 20,000 geschätzt; aus allen Gegenden Deutschlands sind Delegirte anwesend, auch Österreich und Frankreich haben solche gesandt. Unter großem Zudrang wurden die Verhandlungen um 11 Uhr Vormittags eröffnet. Das Gründungsgebet des Pfarrers Briegleb schloß mit den Worten: „Herr, gib dem deutschen Volke eine deutsche Kirche.“ Hierauf übernahm Professor Bluntschli die Leitung der Verhandlungen. Nach der Begrüßung der Versammlung durch Dr. Schröder ergriff Prof. Dr. Schenkel das Wort als Referent der Erklärung gegen das apostolische Schreiben des Papstes vom September 1868. Redner führte aus, daß Rom die Augsburger Konfession, die wahre Grundlage des religiösen Friedens, nicht anerkenne und bestrebt sei, Unfrieden in Deutschland zu stiften. Diesen Bestrebungen gegenüber müsse das protestantische Volk sich organisieren, dann könne man auf die römische Anmaßung eine echte deutsche Antwort geben, die darin bestehe, daß wir den Protest unserer Väter erneuern. Schellenberg richtete sich in längerem Vortrage gegen den Jesuitenorden. Weitere Reden wurden von Holzendorf und Haase unter lebhaftem Beifall gehalten, und schließlich die Erklärung einstimmig angenommen. Nachdem die übrigen Gegenstände der Tagesordnung erledigt waren, wurde die Erklärung nochmals auf offenem Markte verlesen und das Lutherlied abgesungen. Die Erklärung lautet:

1) Wir, die heute in Worms versammelten Protestant, fühlen uns in unserem Gewissen gedreht, bei vogter Anerkennung der Gewissensrechte unserer katholischen Mitchristen, mit denen wir in ... wollen, aber auch in ... Bewußtsein der religiösen, moralischen, politischen und sozialen Segnungen der Reformation, deren wir uns erfreuen, gegen die im sogenannten apostolischen Schreiben vom 13. September 1868 an uns gerichtet Sumuthung, in die Gemeinschaft der römisch-katholischen Kirche zurückzuführen, öffentlich und feierlich Verwarnung einzulegen; 2)immer gern bereit, auf den Grundlagen des reinen Evangeliums mit unseren katholischen Mitchristen uns zu vereinigen, protestieren wir heute noch ebenso entschieden, wie vor 350 Jahren Luther in Worms und unsere Väter in Speyer, gegen jede hierarchische und priesterliche Bevorwürfung, insbesondere gegen die

papstlichen Enzyklika vom 8. Dezember 1864 und in dem damit verbunde-

nen Syllabus ausgesprochenen staatsverderblichen und kulturrückwärtigen Grundsägen; 3) unseren katholischen Mitbürgern und Mitchristen reichen wir, hier am Fuße des Lutherdenkmals, auf dem uns mit ihnen gemeinsamen Grundsägen des christlichen Geistes, der deutschen Gemüths- und der modernen Kultur, die Brüderhand. Wir erwarten dagegen von ihnen, daß sie zum Schutze unserer gegenwärtig bedrohten, höchsten nationalen und geistigen Güter sich uns anzuzeigen werden, im Kampfe gegen den uns mit ihnen gemeinsamen Feind des religiösen Friedens, der nationalen Einigung und der freien Kulturerziehung; 4) als Hauptwaffe der religiösen Spaltung, die wir tief beklagen, erklären wir die hierarchischen Irthümer, insbesondere den Geist und das Werk des Jesuitenordens, der den Protestantismus auf Leben und Tod bekämpft, jede geistige Freiheit unterdrückt, die moderne Kultur verschlägt und gegenwärtig die römisch-katholische Kirche beherrscht; nur durch entschlossene Zurückweisung der seit dem Jahre 1815 erneuerten und fortwährend gefestigten hierarchischen Anmaßungen, nur durch Rückkehr zum reinen Evangelium und Anerkennung der Errungenen der Kultur kann die getrennte Christenheit den Frieden wieder gewinnen und die Wohlfahrt dauernd sichern; 5) endlich erklären wir alle, auf Begründung einer hierarchischen Machtdestellung der Geistlichkeit und abschließenden Dogmenherrschaft gerichteten Bestrebungen in der protestantischen Kirche für eine Verlängerung des protestantischen Geistes und für die Brüder in Schweden nach Rom. Überzeugt, daß die Laubheit und Gleichgültigkeit vieler Protestanten der kirchlichen Reaktionspartei eine Hauptwaffe gewährt und auch in dem mächtigsten deutschen Staat ein Haupthindernis nationaler und kirchlicher Erneuerung bildet, richten wir an unsere sämmtlichen Gläubigen genossen den Mahnruf zur Wachsamkeit, zur Sammlung und zu kräftiger Abwehr aller die Geistes- und Gewissensfreiheit gefährdenden Tendenzen.

Regensburg, 30. Mai. In Betreff der Ansprache, welche der Bischof von Regensburg, Herr v. Senestrey, in Schwandorf gehalten haben soll, bringt das „Regensb. Morgenbl.“ folgende „amtliche Verichtigung“ der Staatsanwaltschaft:

In Nr. 114 des „Regensb. Morgenbl.“ vom 23. laufenden Monats ist in dem Artikel überschrieben: „Eine fortwährende Denunziation“, angeführt: es solle aus höheren Regionen an die hiesige Staatsanwaltschaft die Weisung ergangen sein, gegen den Bischof von Regensburg wegen angeblich von demselben in Schwandorf gemachter Neuerungen ihre Pflicht zu thun; die Staatsanwaltschaft aber sollte ihrer Urtheile gefügt haben, sich mit dem „handgreiflichen Vater“ auseinzustellen. Diese Behauptung ist unrichtig. Ich kam einen oder zwei Tage nach der Anwesenheit des Bischofs von Regensburg selbst nach Schwandorf, wo mir von mehreren Personen, an deren Glaubwürdigkeit schon ihrer Stellung nach nicht im Entfernen zu zweifeln ist, ganz übereinstimmend erzählt wurde, daß der Bischof von Regensburg ihnen gegenüber bei Gelegenheit einer Aufwartung unter anderem gesagt habe: „Dem traurigen Zustande der Kirche können nur durch Krieg oder Revolution abgeholfen werden, die Kirche erkenne keine weltlichen Gesetze an, und befolge sie nur, weil die Gewalt hinter ihr stehe, und wenn man außerdem sie packen würde; die Kirche kenne nur göttliche Gesetze, und wenn der König aufhöre, von „Gottes Gnaden“ zu sein, so wäre er (der Bischof) der erste, der den Thron umstürzen würde.“ Wäre die Neuerung, statt in den Mauern des Pfarrhauses, öffentlich gemacht worden, so würde ich sofort die Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung nach Art. 118 des Strafgesetzbuchs pflichtgemäß veranlaßt haben, ohne daß es einer höheren Weisung, die bisher nicht erfolgte, bedurft hätte. Der k. erste Staatsanwalt Kleiner.“

Oesterreich.

Wien, 30. Mai. Gestern Abend erfolgte die Ankunft des Bizekönigs von Egypten. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem Bahnhofe der türkische Botschafter, sämmtliche Mitglieder der hiesigen türkischen Botschaft und eine große Anzahl hierlebender egyptischer Unterthanen eingefunden. Als Vertreter des Kaisers erschien der General-Adjutant Graf Bellegarde. Nach den üblichen Begrüßungen bestieg der Bizekönig mit seinem Gefolge die bereit stehenden Hofwagen und fuhr in die Hofburg. Auf der Bellaria wurde versezt vom Hofstaate und im Innern der Hofburg vom Kaiser empfangen. Ismail Pascha ist ein stark untersepteter Mann von blühendem Aussehen. Sein volles Gesicht ist von einem blonden Bart umrahmt. Im Gefolge des Bizekönigs befanden sich sein Sohn Ibrahim Pascha, der Minister des Außenw. Nubar Pascha, General Ratiq Pascha und noch sieben andere Personen. Heute stattet der Bizekönig seinen Besuch in Schönbrunn ab, der alsbald vom Kaiser erwidert wird. — Nach übereinstimmenden Nachrichten der galizischen Blätter hat

heute darf man es unbedenklich aussprechen, daß der Mittelstand der Provinz Posen so gut ein Heerd deutscher Bildung und Lebensanschauung ist, wie in irgend einem anderen Lande, und daß die 11 Gymnasien und 4 Real-Schulen, welche (ausgenommen das Gymnasium zu Lissa, dessen Gründung aus dem Jahre 1665 datirt) seit dem zweiten Biertheim dieses Jahrhunderts in Posen begründet wurden, treu und gewissenhaft deutsches Geistespflege und -hüten.

Kein Wunder! daß in neuerer Zeit Posen, dessen deutsche Bewohner, da sie geographisch von Deutschland ausgeschlossen waren, mit um so drangvoller Sehnsucht den geistigen Zusammenhang mit demselben sich zu erhalten suchten, sogar der Heerd tiefgreifender Bewegungen wurde, die im gesamten Vaterland einen gewaltigen Sturm erregten. Der Priester Johann Czerski in Schneidemühl war es, der zuerst mit dem mächtigen Katholizismus öffentlich zu brechen wagte, indem er aus der römischen Kirche austrat. Und als der Kaplan Ronge im Oktober 1844 gegen den Unzug, welcher mit dem „ungenannten heiligen Stocke Christi“ in Trier getrieben wurde, furchtlos seine Stimme erhob, stellte sich auch Czerski mutig neben ihn und so entstand in Schneidemühl die erste deutsch-katholische Gemeinde. Eine Menge deutscher Poeten, deren phantastische Freiheit längst schon unter dem anmaßenden Drucke der Jesuiten und Ultramontane geschrumpft hatte, flüchtete sich folglich in die neue Kirche, welche durch bereite Borsämpfer, wie Eduard Duller, Heribert Rau, sehr bald über ganz Deutschland sich ausbreitete. Aber auch politisch schlossen sich die Deutschen Posens enger zusammen und betrieben im Jahre 1848 lebhafte ihre Aufnahme in den Deutschen Bund. Erst 1866, nachdem „Posener Kinder“ im 5. Armeecorps auf den Schlachtfeldern Böhmens ihre Verlässlichkeit mit ihrem Blute besiegt hatten, wurde die Provinz in den Norddeutschen Bund aufgenommen. In dem großen siebentägigen Kriege hatte sie die Blutlaufe erhalten.

Aber auch auf den deutschen Geistesmarkt entstand seit dem Anfang dieses Jahrhunderts Posen viele Jahre als Gouvernante in Breslau und dort die größere Erzählung „Emma oder Liebe und Täuschung“ unter dem Pseudonymon Klara schrieb. Der Umstand, daß nur eine einzige Dame in jener Zeit im Posenschen Schriftstellerkreise beweist am besten, wie gering damals Posens Anteil an der deutschen Literatur war. Denn wenn wir auch heute hier und da der Klage begegnen, daß sich das schönere Geschlecht allzu zahlreich auf die Literaturbühne dränge, so sind doch weibliche Gedanken nie mehr in schriftstellerischer Bewegung gewesen, als zu Anfang dieses Jahrhunderts. Es war die Blüthezeit der „Blaustrümpe“.

Ein noch stärkerer Bug der Satyre geht durch das Blut seines Vaters und Namensverwandten David Kaltz, der im Jahre 1820 zu Lissa geboren wurde, und, nachdem er in Breslau den Handel erlernt hatte, plötzlich in Berlin um „hunderttausend Thaler“ sich seinen weltberühmten Namen erlauft. Ludwigs Horizont ist ungemein großartiger, bewußter; David erfaßt das Detail der Zeitgestände und zerlegt es mit seinem wahrhaft vernichtenden Witz in lächerliche Atomie. David ist der Erfinder des Couplets, das — man mag von seinem „ästhetischen“ Werthe halten, was man will, in dieser vollslebameren Zeit dennoch den „gemeinen Mann“ im Slappo mit den Zeitbebenheiten erhält; der jetzt so gesuchte „Berliner Witz“ verdankt ihm teilweise sein Siepter und seine Herrschaft, der „Kladderadatsch“ ist das Organ, das er den ergötzlichen Ablagerungen seiner nimmermehrigen Witzen geschaffen. „Pechte“, „der Altenbüdler“, „Berlin wird Weltstadt!“ — Millionen von Menschen haben über diese schneidendsten Persiflagen Berliner Zustände sich „schwach“ gelacht; aber nicht eben so viele haben den tiefen, düsteren Schatten gesehn, der durch all diese lachenden Bilderreihen geht, den Schatten des Schmerzes und der Unzufriedenheit mit dieser Zeit. Das eben ist das Vorrecht des Humoristen, daß er Andere über das Blut lann lachen sehn, das er sich selbst aus seinem Busen geröst. Und wirklich! wer den „Posenreiter“ Kaltz gesehn, mit dem blasen, empfinden Gesicht und den sinnenden Augen, wie er in Gesellschaft oft Stunden lang, einem mürrischen Hypochondre gleich, schwergsam und in sich geföhrt dasteht, der begreift, daß auch ein Possendichter ein Philosoph sein kann, der eine menschliche Kulturmission auf seinen beiden Schultern trägt, dem das Wohl der Menschheit trübe Stunden des Nachdenkens und des „Weltschmerzes“ bereitet. Neuherlich haben ihn seine mit unerhörtem Beifall aufgenommenen Possen zum wohlhabenden Manne gemacht; seine Kunst hatte buchstäblich einen „golden Boden“, und so darf er jetzt in seiner geschmackvollen Villa in der Tiergartenstraße behaglich die Früchte seiner dankbaren Arbeit genießen.

Vielleicht, wir möchten sagen „gemüthlicher“, ist der Humor eines andern enfant chéri des Wallnertheaters, das gleichfalls dem Boden des Landes Posen entwachsen. Eduard Jacobson ist etwa ums Jahr 1834 in Kempen geboren, der Sohn eines Rabbiners. Er absolvierte das Gymnasium zu Oels und ging dann, um Medizin zu studiren, nach Berlin. Ein guter Stern führte den armen Studio, daß er auf demselben nur ein Stübchen bezog, auf dem der beliebte Saltingrs wohnte. Bald hatten sich die beiden gleichgearteten Geister erkannt; wie ein elektrischer Strom war von dem einen zum Andern der Humor niedlich hinübergreppen. Und schnell tritteten sie ein Posseproduktions-Kompaniegeschäft, das einen ganz erstaunlichen Gewinn abwarf. Weg mit der armeligen Medizin! — rief der lustige Musensohn, als er sein erstes Possehonorar in blinkenden Chöbern in seiner Tasche „Klimpern“ hörte. Seitdem lebt er vom, im und für

der Fürst Leon Sapieha in der vorgestrigen Audienz sein Amt als Landmarschall in die Hände des Kaisers niedergelegt.

Frankfurt.

Paris, 29. Mai. Aus dem Hotel Bassilewski hierselbst, welches von der Königin Isabella bewohnt wird, verlauten seltsame Dinge. Die „France“ hatte vorgestern nur einen Theil der Wahrheit gesagt und eher irreführen sollen, wenn sie meldete, daß die Königin nach reißlicher Überlegung beschlossen habe, nicht zu Gunsten ihres Sohnes zu verzichten. Im Gegentheil scheint eine neue Bewegung in der spanischen Hauptstadt vorbereitet zu werden, welche darauf abzielt, den Prinzen von Asturien auf den Thron zu erheben. Das Programm des Komplots wäre: Prinz Alphons König von Spanien, Serrano Regent während seiner Minderjährigkeit, Isabella soll nach Madrid zurückkehren und dort in aller Form abdanken. Das Gerücht geht so weit, zu behaupten, daß Serrano und viele andere Generale der spanischen Armee für dieses Projekt gewonnen wären, daß Alles für diesen Schlag bereit wäre und die Königin sogar schon Vorkehrungen zur Abreise nach Spanien treffe. Eine Thatsache ist, daß der Graf Ezpeleta, der Oberst-Hofmarschall der Königin Isabella und zur Zeit ihr erster Rathgeber und Vertrauensmann, gestern Abend nach Madrid abgereist ist.

Spanien.

Madrid, 30. Mai. (Tel.) Die Ernennung des Generals Caballero de Nodas an Stelle des Generals Dulce zum Generalgouverneur von Kuba ist definitiv vollzogen worden.

Italien.

Florenz, 31. Mai. (Tel.) In der gestrigen vorberathenden Komiteesitzung der Deputirtenkammer ist der Gesetzentwurf, betreffend die Uebergabe des Dienstes der Schatzverwaltung an die Nationalbank mit 95 gegen 73 Stimmen abgelehnt worden. Der Vertrag zwischen der Nationalbank und der Bank von Toscana wurde gleichfalls abgelehnt. — Bei den Erstwahlen zur Deputirtenkammer für die durch die Minister-Ernennungen erledigten Mandate wurden Ferraris und Mordini in ihren bisherigen Wahlkreisen, Turin und Lucca, wiedergewählt; ersterer mit 472 Stimmen gegen Cappino, welcher 53 Stimmen erhielt. In Bologna muß Ballotage zwischen Minghetti und Generi stattfinden; Minghetti erhielt 440, Generi 487 Stimmen. — In der heutigen Sitzung setzte die Deputirtenkammer, welche sich zur Vorberathung des Finanzgesetzentwurfs als Komitee konstituiert hat, die Diskussion über den genannten Gesetzentwurf fort. Die letzten vier Artikel desselben betreffend die Konvention mit der Domänenellschaft, wurden verworfen, der gesammte Gesetzentwurf mit großer Majorität abgelehnt, und alsdann eine Kommission zur Berichterstattung im Hause ernannt. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind augenblicklich auf der Rückreise von Neapel nach Livorno begriffen und treffen zur Feier des Jubiläums des Verfassungsstatuts in der Hauptstadt wieder ein. — Wie „Italia militare“ meldet, sollen auch in diesem Jahre wie in den früheren, drei Lager in Somma, Verona und San Maurizio errichtet werden.

Großbritannien und Irland.

Liverpool, 31. Mai. (Tel.) Der gestern Abend in Begleitung des Generals Vandau hier angelommene neue amerikanische Gesandte Mr. Motley nahm heut Morgen vor seiner Abreise nach London eine Adresse der Handelskammer entgegen, die er dahin beantwortete:

Der Präsident der Vereinigten Staaten, sowie das nordamerikanische Volk seien von dem Wunsche beseelt, die freundschafflichen Beziehungen mit England aufrecht zu erhalten. Er, der Gesandte, werde persönlich nach Kräften in diesem Sinne wirken.

Theater, ein Priester des „Berliner Wiges“. „Ich habe“ — erzählte er uns einst — „wochenlang auf dem Gendarmenmarkt den Höderweiber und ihrer Kundskraft beobachtet, um hinter das Drama der echten Berliner zu kommen“. Seine beste Posse ist umstritten — Alles verloren — doch scheint uns sein leichtfüßiges Talent vielmehr auf dem Gebiet des neuen Singspiels zu liegen.

Im ersten, fast puritanischen Segensay zu Jacobson steht seine Landsmann Friederike Kempner, welche, in den dreißiger Jahren in Germünd geboren, jetzt als Besitzerin des Gutes Friederikenhof im Namslauer Kreise der Provinz Schlesien lebt. Sie ist eine Fanatikerin der Humanität, und ihr Kampf um die Errichtung von Leichenhäusern verdient Beachtung, wenn auch die Art und Weise, wie sie kämpft, von schöner weiblicher Mäßigung weit entfernt ist. Dagegen sind ihre Dramen „Veronica“ und „Kaiser Rudolf“ nicht ohne Geschick angelegt und in ziemlich schöner, wenn auch oft die Autodidaktin verrathender Sprache abgeschafft. Ihr Bruder, David Kempner, jetzt Stadtverordneter in Breslau, hat anonym den Roman „Alexander Willingen“ und in jüngster Zeit unter seinem Namen „Historische Novellen“ veröffentlicht.

Ungleich bedeutender als Friederike Kempner ist Julie Burau, deren Roman mit Recht einen weiten Erfolg gefunden haben. Sie ist zwar von Geburt eine Preußin, hat aber seit 1830 bis zu ihrem vor Kurzem erfolgten Tode als die Gattin des Baumeisters Pfannenschmid in Bromberg gelebt. Sie ist kein starkgeisiger Mannweib wie die vorgenannte. In feuscher, milden, frauhaften Anmut tritt sie für die Rechte ihres Geschlechts in die Schranken; sie überwindet nicht, sie verjährt. Ihr Roman „Frauenlos“ und noch viele andere („Ein Arzt in einer kleinen Stadt“, „Keppler“) sind Bezeugnis ihres lautern, echt weiblichen Herzens und werden wohl noch lange in dem Repertoire der deutschen Lese Welt verbleiben.

Ob Marie v. Koslowska, die in ihren Novellen mit scharfer Spize nach Art der Leitaristin schwelende Fragen vorarbeitet, und erst jüngst ihrer gleimlich kühnen Manier wegen vor den Auffäßen stand, eine Posenerin ist, wissen wir nicht, glauben es jedoch aus manchen Anzeichen schließen zu dürfen.

Am bedeutendsten aber unter allen Posener Kindern, die neuerdings unter die Dichter gegangen sind, ist umstritten Otto Roquette, der Dichter des düstesten, sinnigsten Märchenpos der neuesten Literatur, der Dichter von „Waldmeisters Brautfahrt“. Er ist 1821 in Kroatoschin geboren und lebt jetzt privatfreund in Berlin. Im Anfang der fünfziger Jahre, als der „Bachschleibitaboudour“ Redwitz mit seiner „Amaranth“ ganz Deutschland zu verschärfen und zu verschränken drohte, als die „nachmärzliche“ Reaktion mit bleiernem Gewichte auf jeder politischen Regung lag, da kam wie ein erquickender Thau jenes Roquette'sche Gedicht über die Gemüthe. Das war leide, frische, unverfälschte Jugend, woran man die gedrückte Seele erheben konnte; in neuen Melodien klang es von Liebe, Lenz und Wein; mit mutigem Sinn warf der junge Poet den Staub des trüben Werktages, warf Politik und Pietätstreu hinter sich und versetzte sich mit inniger Liebe in jene ureigenen Stoße der Poete: Liebe, Lenz und Wein.

Wie die Welt auch wechselt gebe, Wie das Schicksal auch mich treibt, Komme Glück und komme Wehe, Fest doch weiß ich, was mir bleibt: Fester Muß der freien Seele Und die freude Viederkleie, Lebenslust und Lebensdrang, Goldnes Leben und Gesang.

Russland und Polen.

Petersburg, 29. Mai. Die Fortschrittspartei, welche dem allmächtigen Altrussenthum gegenüber bis jetzt nur passiven Widerstand geleistet, und ihre ganze Thätigkeit darauf beschränkt, den Plänen desselben nach Möglichkeit zu durchkreuzen, scheint endlich ihrer defensiven Haltung müde zu werden. Denn eine Gesellschaft der Progressisten, wie die Skatkowaner sie nennen, hat die Gründung eines neuen Blattes beschlossen und die erforderlichen Kapitalien bereits zusammengeschossen. Ein — jedenfalls mit Genehmigung der Obrigkeit — erlassenes Programm bringt das Vorhaben zur öffentlichen Kenntniß und fordert zur Unterstützung des zu gründenden Blattes auf, dessen Tendenz es hauptsächlich sein wird, ruhig und ohne Leidenschaft das fördern zu suchen, was die altrussische Presse zu hindern strebt, also: Freihandel, Schulen, öffentliches Verfahren bei den Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Einführung von Schwurgerichten, volle Gleichheit vor dem Gesetz, Gewährung des Petitionarechts für Korporationen und Einzelne u. s. w. Wenn es auch noch zweifelhaft ist, ob die Regierung die Genehmigung zur Herausgabe dieses Blattes gewähren wird, so ist es für die Liberalen doch schon ein Triumph, daß es gestattet worden, das Programm zu veröffentlichen und so der Idee Ausdruck geben zu dürfen. Man ist auf den Ausgang der Sache, die im Augenblick viel Sensation macht, sehr gespannt. — Der Kaiser wird nicht ins Ausland gehen, und wahrscheinlich nach seiner Rückkehr aus Finnland, wohin er im Juli gehen soll, keine weitere Reise mehr unternehmen. Die in französischen Blättern gebrachte Nachricht von einer Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem französischen Kaiser in Baden ist rein erfunden; es ist hier keine derartige Einladung ergangen, und würde auch eine solche bei der gegenwärtigen Stimmung wenig Anfang gefunden haben. Die Ansicht, daß Kaiser Napoleon bemüht sei, der russischen Regierung Verwickelungen zu bereiten, ist hier allgemein verbreitet und wird durch Widerlegungsversuche eher verstärkt, als beseitigt.

Norddeutscher Reichstag.

49. Sitzung.

Berlin, 31. Mai. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ende des Bundesrates: die Geh. Räthe Scheele und Burghardt. Die Instruktion für den Rechnungshof und die vorläufige Verabschaltung der reinen Mehreinnahme aus der Aufhebung der Portobefreiungen (1,800,000 Thlr.) sind dem Präsidium zugegangen.

Die zweite Berathung der Brannweinsteuer steht bei § 3 der Vorlage, welche lautet: An Brannweinmaterialsteuer wird entrichtet: a) für jeden Eimer zu 60 preußischen Quart eingestempelte Weinreber, Kernobst oder auch Treber von Kernobst und Beerenfrüchten aller Art fünf Silbergroschen, b) für jeden Eimer Trauben- oder Obstwein, Weinhessen, Wacholderbeeren und Steinobst zehn Sgr., c) bei anderen nicht mehligen Stoffen, sowie bei Verarbeitung von Hefenwaffer, Glattwasser und anderen Brauereirückständen wird die Steuer durch die oberste Landes-Finanzbehörde unter Beachtung der etwa vom Bundesrat festzustellenden Grundsätze und in § 22 am Schlusse vorgeschriebenen Beschränkungen nach der Ausbeute und nach dem Steuersatz von 1 Sgr. 6 Pf. für 50 Prozent Alkohol festgelegt.

Auf den Antrag v. Hennigs werden statt 5, 10 und 1½ Sgr. in den drei Alinen einstimmig gelegt: 4, 8 und 1 Sgr. 1½ Pfennig.

§ 4 lautet: An Brannwein-Fabrikatsteuer wird nach den näheren Bestimmungen der §§ 30 u. ff. entrichtet: von jedem preußischen Quart zu 50 Prozent Alkohol (Weingeist) nach dem Alkoholometer von Tralles bei Normaltemperatur und zwar bis zum 15. August 1871 einschließlich 1 Sgr. 8 Pf., vom 16. August 1871 ab 1 Sgr. 7 Pf. und vom 16. August 1872 ab 1 Sgr. 6 Pf.

Abg. v. Hennig sagt dafür: 1 Sgr. 3 Pf., 1 Sgr. 2½ Pf., 1 Sgr. 1½ Pf. — Abg. Miquel will die Vorlage aufrecht erhalten; die Alkoholgewinnung ist seit 1824 so gefestigt, daß eine wirkliche Steuererhöhung für die Interessenten nicht zu befürchten ist. Möglicherweise mit dem Steinschen Apparat, so möge man später das Gesetz ändern.

Abg. v. Kleist weist auf die Folgen hin, die eine Verschiedenheit der Exportvergütung in Norddeutschen Bunde in den übrigen Staaten des Zollvereins und in Österreich haben würde. Wir laufen Gefahr, nicht nur unsere alten Ausfuhrmärkte zu verlieren, sondern bekommen außerdem noch die Konkurrenz des Auslands auf unsern eigenen Markt.

Abg. Camphausen (Neu) hält diese ganze Diskussion für eine müßige (Sehr wahr!), denn da die Vorlage als ein Ganzen aufzufassen sei, so seien selbstverständlich mit der Steuererhöhung, die eine im parlamentarischen Leben kaum erhörte Majorität abgelehnt habe, auch die mit ihr verbündeten Benefizien, also auch die höhere Exportvergütung weg. Statt 11 Pf., wie bisher, trotz des Botums vom Sonnabend, eine Erhöhung der Vergütung um 1 Pf. verlangen, heißt von den Regierungen eine Mehreinnahme von 200,000 Thlr. fordern. — Abg. v. Patow stimmt dieser Deduktion bei und wünscht, daß es bei den 11 Pf. bleibe.

Unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, in die auch Herr v. d. Heydt einstimmt, äußert Abg. v. Blandenburg seine Freude darüber, daß die beiden Vorredner nicht Finanzminister sind, denn wir brauchen einen, der besser erledigt sei. Der Preis des Spirits hängt doch unzweckhaft von dem Export und der Export von der Bonifiziation ab, die nach dem Durchschnitt der Alkoholgewinnung berechnet werden müsse. Diese Berechnung führt zu 12, nicht zu 11 Pf.

Abg. Camphausen thieilt die Freude, nicht Finanzminister zu sein, durchaus und schüttet seine früheren Ausführungen gegen jede Missdeutung.

§ 5 wird weder mit dem Satz der Vorlage, noch dem v. Hennigs (11 Pf.), sondern mit dem Satz von 12 Pf. für den v. Blandenburg plädiert, und den ursprünglich v. Rabenau vorgeschlagen hat, genehmigt. — Die §§

den Beifall des Bundesrates wahrscheinlich nicht finden werden. Die Annahme des Hoyerbergschen Amendments zu § 2 a. B. werde einen Aufschwung von 187,000 Thlr. bewirken, eine Berechnung, die Abg. v. Hoyer bedenkt, schlechterdings nicht gelten lassen will, da sein Antrag an den bisherigen Einnahmen nichts anderes, sondern höchstens ein lucrum cessans für die Steuerkasse zur Folge haben werde. Abg. v. Hennig widerspricht ebenfalls dem Herrn Kommissar und erwarte von der Herabsetzung des Steuerzuges die Einführung des Fabrikatsteuer auch seitens der kleinen Brennereien, die nur geringere Prozentsätze gewinnen.

Abg. v. Rabenau bemerkt, daß die Einführung des preußischen Kontrollverfahrens in Hessen eine Mehrausgabe von 35,000 Thlr. verlangt.

Abg. v. Blandenburg, der sich rühmen kann, alles, was die Motive der Vorlage zu Gunsten des Fabrikatsteuer vorbringen, vor Jahren zuerst ausgesprochen zu haben, erklärt sich gleichwohl entschieden gegen die Fabrikatsteuer, wie sie hier geprägt ist. Denn es sei im höchsten Grade gewagt, ein so wichtiges Steuerinteresse faktulativ oder obligatorisch auf ein noch nicht erprobtes Instrument zu begründen. Wäre es erprobt, so fiele der Unterschied zwischen faktulativ und obligatorischer Fabrikatsteuer von selbst weg. Die auf Kartoffelbau angewiesenen Landesteile könnten sie gegenwärtig in der vorgeschlagenen Höhe nicht ertragen. Wenn einmal ein erprobter Apparat vorhanden ist, dann möge man ihre Interessen nicht weiter schonen und es darauf ankommen lassen, ob das Brennereigewerbe wieder vom Lande in die Stadt und die Kartoffel, wie Dr. Sombart prophezeit hat, durch die Rübe verdrängt wird.

Abg. v. Hennig will, daß die Regierungen zum ersten Male eine nicht im fiskalischen Geiste gearbeitete Steuervorlage bringen, diesen rationalen Versuch unter keinen Umständen föhren lassen.

§ 4 wird mit den Änderungen v. Hennigs, und zwar mit sehr großer Majorität genehmigt.

§ 5 lautet: Bei der Ausfuhr von Brannwein nach denjenigen Staaten und Gebietsteilen, mit welchen ein freier Verkehr mit Brannwein nicht stattfindet, wird eine Rückergütung der Steuer von 1 Sgr. 4 Pf. von jedem preußischen Quart zu 50 Proz. Alkohol nach Tralles bei Normal-Temperatur gewährt.

Abg. v. Hennig beantragt den Vergütungssatz von 11 Pf. und B.-R. Scheele kann nicht verhehlen, daß dieser von den sachverständigen Mitgliedern des Hauses empfohlene Satz auf den Bundesrat einen gewissen Eindruck üben werde. Abg. Friedenthal führt aus, daß v. Hennig und Geisenhain ihre Loyalität in dieser ganzen Frage nicht besser hätten beweisen können, als indem sie an dem bestehenden Vergütungssatz festhielten. Ihnen habe nur daran gelegen, das gute Prinzip der Vorlage ohne die Steuererhöhungen anzunehmen und durchzuführen; diese Durchführung verlange natürlich auch den Verzicht auf die höhere Export-Bonifiziation.

Abg. v. Blandenburg verlangt eine Vergütung von 12 Pf., weil wir bei dem bestehenden Satz von 11 Pf. in Folge der Erhöhung der Vergütung in Österreich bereits den ganzen südeuropäischen Markt verloren haben und norddeutsche Spiritus nur noch nach Bordeaux und Norwegen ausgeführt wird.

Abg. v. Hennig bemerkt, daß nicht Spiritus, sondern Spirit, d. h. ge reinigter Spiritus exportiert wird. Da er an den Steuerländern nicht hat, sondern wollen, so hat er selbstverständlich auch an der bestehenden Bonifiziation festgehalten. Sollte der Bundesrat eine Vergütung von 12 Pf. gewähren können, desto besser.

Abg. v. Kleist weist auf die Folgen hin, die eine Verschiedenheit der Exportvergütung in Norddeutschen Bunde in den übrigen Staaten des Zollvereins und in Österreich haben würde. Wir laufen Gefahr, nicht nur unsere alten Ausfuhrmärkte zu verlieren, sondern bekommen außerdem noch die Konkurrenz des Auslands auf unsern eigenen Markt.

Abg. Camphausen (Neu) hält diese ganze Diskussion für eine müßige (Sehr wahr!), denn da die Vorlage als ein Ganzen aufzufassen sei, so seien selbstverständlich mit der Steuererhöhung, die eine im parlamentarischen Leben kaum erhörte Majorität abgelehnt habe, auch die mit ihr verbündeten Benefizien, also auch die höhere Exportvergütung weg. Statt 11 Pf., wie bisher, trotz des Botums vom Sonnabend, eine Erhöhung der Vergütung um 1 Pf. verlangen, heißt von den Regierungen eine Mehreinnahme von 200,000 Thlr. fordern. — Abg. v. Patow stimmt dieser Deduktion bei und wünscht, daß es bei den 11 Pf. bleibe.

Unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, in die auch Herr v. d. Heydt einstimmt, äußert Abg. v. Blandenburg seine Freude darüber, daß die beiden Vorredner nicht Finanzminister sind, denn wir brauchen einen, der besser erledigt sei. Der Preis des Spirits hängt doch unzweckhaft von dem Export und der Export von der Bonifiziation ab, die nach dem Durchschnitt der Alkoholgewinnung berechnet werden müsse. Diese Berechnung führt zu 12, nicht zu 11 Pf.

Abg. Camphausen thieilt die Freude, nicht Finanzminister zu sein, durchaus und schüttet seine früheren Ausführungen gegen jede Missdeutung.

§ 3 wird weder mit dem Satz der Vorlage, noch dem v. Hennigs (11 Pf.), sondern mit dem Satz von 12 Pf. für den v. Blandenburg plädiert, und den ursprünglich v. Rabenau vorgeschlagen hat, genehmigt. — Die §§

Mit dieser Devise trat er in die Literatur, sich allmählig mehr und mehr vertiefend, und von ernstem Streben, von erfreulichem Fortschritt zeugte jedes spätere Erzeugnis, zeugten seine Gedichte, seine Novellen. Dabei hat er sich auch einen bedeutenden wissenschaftlichen Namen auf dem Gebiete der Literaturgeschichte zu erwerben gewußt. Und so gilt er uns denn doppelter Ehre wert, der lieberthre Sohn unseres Posener Landes.

Indem wir in peripherischer Bewegung um die Hauptstadt Posen, deren literarische Produktion wir uns für den Schluss aufzubewahren, herumstreifen, haben wir noch drei Punkte ins Auge zu fassen, die mit einiger Bedeutung in das Geistesleben der Nation eingetreten sind. Aus dem kleinen Städtchen Berleow ging der Historiker der Juden, H. Grätz, hervor, der in Breslau studierte, dann in Österreich einige Jahre Hauslehrer war und jetzt als Lehrer am theologischen Seminar in Breslau wirkt. Grätz hat das Verdienst, die Geschichte der Juden auch Andersgläubigen interessant gemacht zu haben. Die zahllosen atomistisch zerstreuten Daten und Notizen hat er mit zuweilen kühner Phantasie, aber meist mit siegendem Schärfe in einem pragmatischen Zusammenhang gebracht, und in seinem großen elsbändigen Werk sind die dunklen Partien, die noch in Josts „Geschichte der Juden“ den forlaufenden Zusammenhang der historischen Entwicklung unterbrochen, mit dem hellen Lichte historischer Kritik beleuchtet und zugänglich gemacht. Intelligenz und Geld das ist der Grundgedanke der Grätz'schen Geschichtsausgabe — werden die Juden vor dem Untergange bewahren; aber sie müssen sich geistig mit dem Leben der Nation, der sie eingeboren sind, innigst amalgamieren, um Vorurtheile und Verachtung, die sich seitdem fast immer erhalten hat, weil Wallners Grundsätze in der Theaterverwaltung gediebt fortzuhalten. Zudem bewahrte Ludwig Dessoix, der große Tragöde, seinem heimatlichen Theater immer eine freudlose Zuneigung. Dessoix war 1809 als der Sohn eines jüdischen Kaufmanns Dessoier in Posen geboren und hatte dort die ersten theatralischen Eindrücke gewonnen, die später seinen ruhmvollen Künstlerweg bestimmten. In den fünfzig Jahren lebte als Regierungsrath der Dichter Hermann Besser in Posen, von dem manches schönes Gedicht in die deutschen Anthologien übergegangen ist, und 1862 übernahm Rudolf Gottschall die Redaktion der „Österr. Zeitung“. Aber nur ein Jahr blieb er in Posen, ohne irgend welchen nachhaltigen literarischen Einfluss zu üben. Es war von vornherein eine schwere Stellung, die Gottschall aufgebürdet hatte. Er sollte mit dem plakativen Geifer seiner Dichterzeit Leitartikel schreiben, und seine hochstiegende Phantasie in den Dienst der Tagespolitik geben — das war für den Poeten ein zu schweres Stück Arbeit. Die Zeitung machte unter seiner Leitung keine Fortschritte; das Feuilleton zwar nahm einen gewaltigen Aufschwung, aber, was wichtiger war, der Raum „über dem Strich“ befriedigte nur mäßige Ansprüche. Und so atmete Gottschall auf, als ihn ein ehrenvoller Ruf nach Leipzig der schwierigen Stellung entlockte.

7—11, betreffend die Vermessung, Bezeichnung, Anmeldung der Geräthe, Aufsicht über dieselben u. werden ohne Debatte genehmigt.

§ 12 lautet: Wer eine Brennerei in Betrieb sezen will, ist verpflichtet, den genau zu besagenden Betriebspoln nach dem von der Steuerbehörde vorzuhreibenden Muster für einen vollen Kalendermonat, oder wenn der Betrieb erst im Laufe eines Monats beginnen soll, für den noch übrigen Theil des Kalendermonats mindestens drei Tage vor der ersten Einmischung einzurichten. Die gleiche Verpflichtung hat Derselbe, welcher einen begonnenen Brennereibetrieb fortsetzen will. Eine Abänderung des angemeldeten Betriebes kann jedoch einmal im Monate getatet, ausnahmsweise auch nachgelaufen werden, den Betrieb nur für längere Zeit zu drosseln.

Abg. v. Hennig beantragt die gesperrten Worte zu streichen, und nachdem Abg. Günther im Interesse der Freiheit des Gewerbebetriebs die Streichung empfohlen, wird dieselbe einstimmig angenommen.

§ 13 (Erlass der Mätschsteuer), § 14 (Anfertigung und Erfordernisse der Betriebspoln und Versafren mit denselben), § 15 (Beschränkung der Mätschbereitung in Bezug auf Raum und Zeit), § 16—21 (Beschränkung des Abbrenns der Mätsche, Freimachung der Geräthe, Vorschriften über gleichzeitigen Betrieb von Brauerei und Brennerei) werden ohne Debatte genehmigt.

Diesgleichen Abschnitt III. Vorschriften über die Erhebung und Kontrolle der Brannweinmaterialsteuer (§§ 22—29).

Abschnitt IV. (§§ 30—37) enthält die Vorschriften über die Erhebung und Kontrolle der Brannweinfabriksteuer. Eine kurze Debatte erhebt sich zu § 32, welcher bestimmt, daß der Brennereibetrieb verpflichtet ist, den geachteten Kontrollapparat auf seine Kosten zu beschaffen und zu unterhalten. Abg. v. Rabenau beantragt, die Worte „auf seine Kosten“ zu streichen und dafür am Schlusse dieses Absatzes zu sagen: „die Anschaffungskosten des Spiritus-Mätschapparates übernimmt halb der Staat und halb der Steuerpflichtige.“ Auf Verlangen des Letzteren wird auch die zweite Hälfte der Anschaffungskosten vom Staat vorschauweise bestritten und in angemessener Stile mit der Steuer wieder erhoben.“

Abg. v. Hennig bittet das Amendum abzulehnen; es werde Niemand zur Einführung der Fabriksteuer gezwungen, sondern die Annahme derselben hänge von dem Interesse des Betheiligten selbst ab, es sei also billig, daß er selbst auch die Kosten trage. — Bündel. Scheele fügt hinzu, daß der Brennereibetrieb durch den ihm in der Fabriksteuer gewährten Vortheil die Kosten des Apparats in 2 bis 3 Jahren wieder verdient habe. Der Paragraph wird hierauf unverändert angenommen; diesgleichen die §§ 33 und 34 (Beschaffenheit des Mätschapparates und Sicherheitsmaßregeln).

§ 35, der die Anwendung der Kontrol-Vorschriften für Mätschbrennereien regelt, steht unter Nr. 3 für Brennerei mit Fabriksteuer fest: die Größe und Zahl der Nebengefäße, Reservoirs u. s. w., bedürfen einer Genehmigung nicht. Dagegen kann die Annahme von der Steuerbehörde (nach Bedürfnis) eingeschränkt, auch kann der Brenner verpflichtet werden, die von ihm von Zeit zu Zeit, jedoch ohne Verleugnung des steuerlichen Verschlusses, zu prüfende Angabe des Spiritus-Mätschapparates täglich nach jedesmal verändertem Betriebe im Betriebspoln zu vermerken.

Abg. v. Hennig beantragt, statt der Worte „nach Bedürfnis“ zu sagen: „auf dieselben Fristen, welche für die mit der Mätschsteuer belegten Brennereien gelten.“ — Abg. Günther empfiehlt das Amendum im Interesse der Gleichstellung der Fabrikat mit der Mätschsteuer.

B.-R. Scheele: Derselbe Grund lag bei § 28 vor, für die Brannwein-Materialsteuer ein gleiches Amendum zu stellen. Dort ist es nicht gefordert und ein Bedürfnis liegt auch hier nicht vor.

Abg. Günther: Zu § 28 haben wir ein ähnliches Amendum nur deshalb nicht gestellt, weil wir glaubten, daß die Materialsteuer in der Praxis sehr wenig zur Anwendung kommen wird. — Abg. Friedenthal schlägt vor, statt der gesperrten Worte „nach Bedürfnis“ hinter „eingeschrankt“ einzufügen: „werden, sofern nach dem Umfang des Gewerbebetriebs ein wirkliches Bedürfnis zur Gewährung der gesuchten Frist nicht vorliegt.“ — B.-R. Scheele erklärt sich mit dieser Fassung einverstanden, die hierauf nach Zurückziehung des Hennigschen Amendements angenommen wird.

Zu § 27, nach dem die Steuerbehörde die zeitweise Außerdienstsetzung der Spiritus-Mätschapparate behufs neuer Nutzung verfügen kann, stellt Abg. v. Hennig den Antrag als § 37a zu ergänzen: „Alle geeigneten Orten sind bei der dem Staat gehörige, geachte Apparate in angemessener Anzahl zu äffordern. Sobald die Steuerbehörde es für erforderlich erachtet (§§ 36, 37) einen im Betriebe befindlichen Apparat außer Gebrauch zu setzen, wird dem Steuerpflichtigen gegen mäßiges Leitzgold ein solcher Ausfallsapparat unverzüglich bis zur Wiederaufstellung des reparirten oder eines neuen eigenen Apparates zur Verfügung gestellt. Die näheren Bestimmungen hierüber erläutert der Bundesrat.“

Derselbe wird unter Zustimmung des Bundeskommissars angenommen. Zu § 61 (Unterlagung des Brennereigewerbebetriebs im dritten Übertretungsfall) beantragt Abg. v. Hennig, die Untersagung nur auf 5 Jahre auszudehnen und zugesetzt: „die Steuerbehörde ist jedoch ermächtigt, zu Gunsten des Schuldigen Ausnahmen zu gestatten.“ Diese Anträge werden nachdem Abg. Günther dieselben aus Gründen der Billigkeit empfohlen und der Bundeskommissar zugestimmt hat, angenommen.

§ 52 bestimmt, daß bei unbefugter Benutzung außer Gebrauch gesetzter Mätschgefäß die Strafe so berechnet werden soll, daß für jeden dritten Tag seit dem erfolgten amtlichen Verschluß eine Einmischung angenommen werden soll. Abg. v. Hennig beantragt, diese Berechnung nie über ein Jahr auszudehnen. Dasselbe wird angenommen. § 60 bestimmt, gegen eigenmächtige Veränderungen der Betriebspoln Verlust des Gewerbebetriebsrechtes. Nach einem Amendum v. Hennig wird der Verlust dieses Rechtes auf 5 Jahre festgesetzt und die Steuerbehörde wieder ermächtigt, zu Gunsten des Schuldigen Ausnahmen zu gestatten. § 61 wird ohne Debatte genehmigt. Zu § 62, der als Strafe der heimlichen Ableitung des Alkohols oder der Störung des Mätschapparates dauernden Verlust des Rechtes des Gewerbebetriebs statuiert, wird ebenfalls der Antrag v. Hennig angenommen, diesen Verlust auf die Zeit von 10 Jahren zu ermächtigen und die Steuerbehörde wiederum zu Ausnahmen zu berechtigen. § 63 und 64 finden keinen Widerspruch. In § 65 werden auf Antrag des Abg. v. Bernuix werden folgende Ausdrücke geändert: „Umwandlung der Geld in Freiheitsstrafen“ in „das Verhältniß von Geld und Gefängnisstrafen“ und „Verjährung der Strafen“ in „Verjährung der Zuwidderhandlungen“. Der Antragsteller empfiehlt diese Änderungen im Interesse der Konformität mit dem Nachfrage zur Bollordnung und der Wechselordnung. Zu § 66 ist vom Abg. Rabenau ein Amendum gestellt, welches die oberste Landesfinanzbehörde ermächtigen soll, im Bedürfnissfall Erleichterungen der Betriebsvorschriften einzutreten zu lassen. Nach kurzer Debatte zwischen dem Antragsteller und dem den Antrag missbilligenden Bundeskommissar wird das Amendum abgelehnt. § 67 bestimmt als Termin, an dem das Gesetz in Kraft treten soll, den 1. September 1869 und überläßt die Bestimmung des Eintrittes der Wirksamkeit für die noch nicht in der Bollinie befindlichen Teile des Bundes dem Präsidium. Auf Antrag des Abg. Hinrichsen wird ausdrücklich zugesetzt, für die noch nicht in die Bollinie gezogenen, „dem deutschen Bollverein angehörenden“ Gebietsteile des Bundes. Abg. zur Rabenau erklärt, daß er nicht verstehe, in welchem Verhältniß Hessen sein werde, wo er am 1. Juli c. das Gesetz vom 28. Juli 1868 eingeführt werde und schon am 1. Juli 1869 dies neue Gesetz in Kraft treten solle. B.-R. Scheele weist darauf hin, daß das erste der bereitgestellten Gesetze wesentlich die Grundlage des vorliegenden sei und daß also dieser Zustand durchaus kein Bedenken habe. Abg. zur Rabenau erhebt sich, um zu replizieren, wird aber von seiner Umgebung, wie es scheint, eines Besseren belehrt und verzichtet schließlich unter allgemeiner Heiterkeit aufs Wort.

§ 67 wird angenommen. Endlo § 68, Eingang und Ueberschrift. Endlich genehmigt das Haus auch noch die Resolution von Rabenau: Den Bundeskanzler zu ersuchen: Die Verhältniszahlen der zur Zeit gesetzlichen Landesmaße zu den Maßen der Mätsch- und Gerichtsordnung vom 17. August 1868, soweit sie hier einschlagen, in besonderen Tabellen zugleich mit dem Gesetz veröffentlicht zu lassen. — Die Petitionen, die über diesen Gegenstand eingegangen sind, werden erst bei dritter Lesung zur Erledigung kommen.

Es folgt die zweite Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Wechselstempelsteuer im Norddeutschen Bunde.

§ 1 lautet nach den Vorschlägen der Kommission: Gezogene und eigene Wechsel unterliegen im Gebiete des Norddeutschen Bundes, mit Ausnahme der Hohenzollernischen Lande, einer nach Vorschrift dieses Gesetzes zu erhebenden, zur Bundeskasse stehenden Abgabe. Von der Stempelabgabe befreit bleiben: 1) die vom Auslande auf das Ausland gezogenen, nur im Auslande zahlbaren Wechsel, 2) die vom Inlande auf das Ausland gezogenen,

nur im Auslande und zwar auf Sicht oder spätestens innerhalb 10 Tagen nach dem Tage der Ausstellung zahlbaren Wechsel, sofern sie vom Ausland direkt in das Ausland remittiert werden.

1) Abg. Harkort will als Nr. 3 hinzufügen: „3. so wie die Wechsel unter 50 Thlr.“ — 2) Abg. Hinrichsen und Genossen beantragen, in Nr. 2 die gesperrten Worte zu streichen und als Nr. 3 hinzuzufügen: Wechsel, welche einem Bundesangehörigen, auf ihn selbst, remittirt, und nicht weiter begeben werden. 3) Abg. Lautz sagt an Stelle der Worte „innerhalb 10 Tagen“: „innerhalb 15 Tagen.“ — 5) Abg. Eyoldt schlägt folgende Fassung vor: Gezogene und eigene im Gebiete des Norddeutschen Bundes zahlbare Wechsel unterliegen im Gebiete des Norddeutschen Bundes einer einmaligen, nach Vorschrift dieses Gesetzes zu erhebenden Stempelabgabe. 5) Abg. Müller (Stettin) will den Schlus des Nr. 2 von „sofern sie“ an streichen. 6) Abg. v. Blankenburg beantragt in Nr. 1 hinzuzufügen: „infofern dieselben nicht im Inlande an Inländer weiter gegeben werden“, und Nr. 2 zu streichen.

Ref. Prinz Handjery empfiehlt die Vorlage, die die Umwandlung der landesgesetzlichen Wechselabgaben in eine Bundessteuer gleichzeitig aber die Besteigung der mehrfachen Besteuerung beweckt, welcher in verschiedener Höhe und nach verschiedenen Normen ein und der selbe Wechsel bei seinem Umlauf innerhalb des Norddeutschen Bundes zur Zeit noch unterliegt. In diesem Sinne müsse die Vorlage als eine willkommene Förderung der allzeit angestrebten Verkehrs freiheit innerhalb des Bundes begrüßt werden. Das Bedenken sei unbegründet, daß mit der Abwicklung der landesgesetzlichen Wechselstempelabgaben ein durch keinerlei entsprechende Vortheile ausgeglichener, die Ordnung des Finanzwesens, namentlich derjenigen Bundesländer altertender Einnahmeausfall herbeigeführt würde, für welche die Wechselsteuer einen wesentlichen Theil der Staatsentnahmen bildet. Der Nachtheil, von dem namentlich die Hansestädte betroffen würden, werde durch ihre im Verhältniß zu ärmern Gegenden des Bundes nur geringe Belastung mit Matrikularkräften vollauf ausgeglichen. Er bitte deshalb, alle Amendements abzulehnen.

Prä. Delbrück: Die verbündeten Regierungen sind zwar noch nicht in der Lage gewesen, über ihre Stellung zu den Kommissionsänderungen bestimmte Beschlüsse zu fassen, ohne den selben vorzugeben glaube ich aber bereits erläutern zu können, daß gegen die Annahme der Vorlage erhebliche Bedenken nicht obwalten und von dieser Stelle aus nicht werden bekämpft werden. Dagegen bitte auch ich Sie, alle nachträglich gefestigte Amendements abzulehnen, mögen dieselben nun dahin gehen, das Gesetz auf eine ganz andere Basis zu stellen oder geeignet sein, dasselbe seines finanziellen Charakters, der Herstellung einer gleichmäßigen Besteuerung, zu entkleiden.

Abg. Eyoldt (Sachsen): Durch Annahme der Vorlage würden die kleineren Staaten zu Gunsten Preußens auf Empfindlichste geschädigt werden. Von dem Ertrag von 2 Mill. Millionen, welcher durch die Annahme des Gesetzes erzielt werden soll, fallen auf die kleinen Staaten nur 400,000 Thlr., auf Sachsen allein beinahe 100,000 Thlr. weniger, als ihm nach seinem Wechselverkehr zufallen würden. Noch erheblicher werden Hamburg und Bremen geschädigt. Die nationale Idee, die man durch Einheit des Verkehrs zu vertreten beabsichtigt, wird man viel besser fördern, wenn man es vermeidet, in den Kleinstaaten den Verdacht hervorzurufen, als beabsichtigte Preußen ihre Steuerkraft zu expropriieren, um sein eigenes Defizit zu decken, an dessen Zustandekommen sie nicht den geringsten Anteil haben. Die einzelnen Ausnahmen, welche die Kommission aufgestellt hat, beruhen auf einer Kausit, die theils nicht ausreicht, theils den Verhältnissen nicht entspricht. So ist die auf 10 Tage festgestellte Frist viel zu kurz; diese Zeit würde gar nicht ausreichen, um einen auf Newyork gezogenen Wechsel dorthin gehen zu lassen.

Abg. Hinrichsen bedauert, daß man den unsittlichen Zustand, der durch die Beförderung der Defraudationen hervorgerufen werde, auf den ganzen Bund ausdehnen wolle. Durch eine Beschränkung der Stempelfreiheit der auf das Ausland gezogenen Wechsel bis zu einer Verfallzeit von 10 Tagen und durch eine Besteuerung solcher Wechsel, wenn sie vom Ausländer direkt in das Ausland remittiert werden, erschwere man nur die Konkurrenz der gewissenhaften Geschäftsläden mit den weniger strupolös. Um diesem unsittlichen Verhältniß ein Ende zu machen, habe Hamburg in sehr kräftriger Zeit nach dem großen Brande eine Aenderung seiner Stempelgesetze geschlossen und lieber den Ausfall aus der Tasche der Bürger gedacht; man möge den früheren Zustand jetzt nicht durch Bundesgesetz zurückführen.

Abg. Harkort empfiehlt sein Amendum im Interesse des kleinen Verkehrs. — Abg. v. Benda: Die Vorlage habe nach den Vorschlägen der Kommission weniger eine finanzielle Bedeutung als den Zweck einer Verkehrssteuerleichterung. Der von Eyoldt erhobene Vorwurf, daß Preußen die Steuerkraft der kleinen Staaten zu seinen Gunsten ausbeute, falle hier nach von selbst, er erscheine aber auch schon vollkommen unbegründet, wenn man einen Blick in die Denkschrift des Finanzministers werfe. Die Amendements bitte er sämmtlich abzulehnen. Er gebe zu, daß in Kaufmännischen Kreisen noch weitergehende Wünsche herrschen, als sie durch die Vorlage verfestigt werden, man müsse aber auch den finanziellen Bedürfnissen des Bundes Rechnung tragen.

Abg. Schulze empfiehlt den Antrag Harkort. Besteure man den Verkehr der kleinen Wechsel, so werde ein großer Theil der Geschäfte wieder durch die noch steuerfreien Schuldsscheine erledigt und daraus hingewirkt werden, daß man auch diesen die Steuerfreiheit nehme. Gerade der Unbedenklichkeit werde durch die Besteuerung der Wechsel von geringem Betrage erheblich gedrückt. Unter den 61,000 Wechseln, die die preußischen Kreditgenossenschaften in einem bestimmten Zeitraum in Umlauf seien, befanden sich gegen 36,000 unter 50 Thlr., so daß die Belastung des Verkehrs sich bei Aufhebung der Steuerfreiheit auf etwa 18 bis 20,000 Thlr. belaufen hätte. Der kleine Verkehr habe leider keine Organe, wie sie der große in den Handelsklassen besitzt, er bitte daher, ihn selbst, als den berufenen Vertreter der Kreditgenossenschaften als ein solches Organ zu betrachten und seiner dringenden Bitte um Annahme des Harkortischen Antrages Folge zu leisten.

Abg. Müller (Stettin) befürwortet sein und das von Lautz gestellte Amendum, deren Annahme durch die Interessen des Verkehrs gefordert werde, ohne daß sie für die Bundeskasse von erheblicher finanzieller Bedeutung seien. — Abg. v. Benda: Die Vorlage ist von der Kommission nicht verändert; er lautet: Die Stempelabgabe wird in folgenden im Dreißighalterfuß unter Eintheilung des Thalers in dreißig Groschen berechnet und nach der Summe, auf welche der Wechsel lautet, abgezinst Steuerfällen erhoben, nämlich: von einer Summe von 50 Thlr. oder weniger 1 Sgr., über 50 bis 100 Thlr. 1½ Sgr., über 100 bis 200 2 Sgr., über 200 bis 300 3 Sgr., und so fort von jedem fernerem 100 Thlr. der Summe 1½ Sgr. mehr, der gestalt, daß jedes angefangene Hundert für voll gerechnet wird.

Abg. Eyoldt beantragt: von Wechseln über 10—50 Thlr. ½ Sgr., dann 1, 2, 3 Sgr., von jedem fernerem 100 Thlr. 1 Sgr. mehr, Wechsel von oder unter 10 Thlr. sollen stempelfrei sein. — Im Falle der Ablehnung beantragt Dr. Becker: von 33½ Thlr. oder weniger 1½ Sgr., über 33½ bis 60½ Thlr. 1 Sgr., über 60½ bis 100 Thlr. 1½ Sgr. Beide Amendements werden abgelehnt und § 2 wird genehmigt.

Die §§ 3—8 werden unverändert angenommen. Um 4½ Uhr vertagt sich endlich das Haus mit den sichtbarsten Beichen der Uebermidung. Nächste Sitzung Dienstag.

lange nicht so weit geht, als die ursprüngliche Vorlage. — Abg. v. Benda bitte, die Anträge v. Blankenburg, soweit sie § 1 betreffen, abzulehnen.

Abg. Lasker: Bei der Vorlegung des Gesetzes hat die Regierung erklärt, daß das Gesetz kein Finanzgefeß sein solle, aber der Text des Gesetzes beweist doch sehr, daß das Gesetz bedeutend finanzieller Natur ist. Dieser Vorgang ist unerhört und die Erklärung, daß der Verfasser des Textes und der Vertreter im Hause nicht dieselbe Person gewesen sei, ist ungernend. Aber es ist dadurch mein Vertrauen auf die Angaben der Regierung über den Extrat einer neuen Steuer erschüttert. Der Abg. v. Blankenburg will durch seine Anträge nur die finanzielle Bedeutung des Gesetzes wiederherstellen. In Bezug auf das von ihm über die moralische Seite der Frage Gesagte bemerkte ich, daß bei jedem Steuergefeß auf die Möglichkeit Rücksicht genommen wird, daß es umgangen werden könnte und daß man im Interesse der Moralität solche Bestimmungen nicht erst trifft, die leicht umgangen werden. Solche Vorschriften gelten noch in ganz anderen Kreisen als in Handelskreisen, ich erinnere an die Grundsteuer. Wir müssen auf eine strikte Erklärung dringen, daß nunmehr kein Finanzgesetz vorliegt, sonst werden wir mit allen Kräften das Gesetz zu Falle bringen suchen.

B.-R. Burghardt: Der Vorredner scheint meine Erklärungen zu verwischen mit Neuheiten, die ein anderer Kommissar bei anderer Gelegenheit gemacht hat. Ich selbst habe ja den Extrat auf 2 Mill. geschildert und nach meiner Überzeugung viel zu niedrig. Um die Borderungen des Abg. Lasker zu erfüllen, müßte ich mir 4 Wochen Bedenkezeit erbitten, um genau ein Mehr oder Weniger von 10 oder 20,000 Thlr. berechnen zu können; solche Erklärungen kann ich jetzt nicht abgeben; der Herr wird verzetteln, wenn man vorsichtig wird. (Heiterkeit) Alle unsere Schätzungen beruhen auf außerst ungernendem Material. Wir wissen, daß in Preußen im Jahre 1864 551,718 Thlr. aus dem alten Wechselstempel eingetragen sind und daneben 206,892 Thlr. aus den Stempelmarken. Seitdem fehlt wegen der allgemeinen Einführung der Stempelmarken jede statistische Nachricht. Außerdem sind 1867 die neuen Provinzen dazu gekommen, von denen wir gar nichts wissen. Die Ausdehnung der Steuer wird nun zunächst sich auf die Bundesgebiete erstrecken, die bis jetzt davon frei sind. Hiermit tritt dadurch eine Erhöhung der Steuer in Sachsen ein, eine Erhöhung in Hamburg und Bremen. Ganz unbelastet ist, wie groß der Einnahme-Ausfall durch das Aufhören der doppelten Besteuerung sein wird. Dazu kommt ferner die Ausdehnung der Steuer auf Wechsel vom Inlande auf das Ausland von zweifelhaftem Erfolge. In Preußen wird ein Theil ausländischer Wechsel freigegeben, in Hamburg ein Theil herangezogen. Endlich wissen wir über den Extrat der Besteuerung der Wechsel unter 50 Thlr. gar nichts, da wir nicht wissen können, wie sich dies Geschäft ferner entwickeln wird. Allerhöchstes aber lohnt sich der ganze Extrat auf 4 Mill. veranschlagen.

Abg. v. Blankenburg: Nichts ist gefährlicher, als wie der Abg. Lasker es gethan hat, aus Finanzvorlagen politische Parteifragen zu machen. Ist denn nur auf unserer Seite der Spiritus vertreten? (Große Heiterkeit.) Nun er und schlagfertiger mögen Sie (links) allenfalls sein. Über auf unserer Seite etwa weniger Wechsel geschrieben? Ich wollte, es wäre so. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lasker erklärt, daß er die Vertreter der Regierungen solidarisch als Träger eines Mandates betrachtet, dem sie ihre Autorität verbanden. In den Motiven wird ausdrücklich gesagt, daß die Vorlage kein Finanzgesetz sein soll. Diese Erklärung muß offen zurückgenommen werden. Wenn der Herr Kommissar 4 Wochen Zeit dazu zu brauchen behauptet, um die finanzielle Wirkung des Gesetzes zu taxiren, so hätte eine Steuervorlage doch wohl vier Wochen vorher durchdacht werden müssen. Die Ironie, die darin liegt, ist nicht gegen ihn (den Redner), sondern gegen die Behandlung der Steuervorlagen im Reichstage gerichtet.

Nach einer Klappe des Herrn Kommissars wird § 1 des Kommissionsantrages nach Ablehnung aller Amendements genehmigt (dagegen die Fortschrittspartei).

Nach 4½ Uhr wird ein Antrag auf Verlängerung wiederholt abgelehnt; aber das Haus ist, während Dr. Becker über § 2 spricht, so unruhig, daß der Präsident weiß, an seinen eben gefassten Beschluss erinnern muß, um dem Redner Gehör zu schaffen.

§ 2 der Vorlage ist von der Kommission nicht verändert; er lautet: Die Stempelabgabe wird in folgenden im Dreißighalterfuß unter Eintheilung des Thalers in dreißig Groschen berechnet und nach der Summe, auf welche der Wechsel lautet, abgezinst Steuerfällen erhoben, nämlich:

•	•</td
---	-------

würde und diejenigen Hypothekengläubiger, welche allein vom Zinsgenuss leben, haben in den letzten Jahren bittere Erfahrungen genug gemacht, Erfahrungen, die sie, wäre nicht das vorhin gedachte neue Gesetz erschienen, für alle Zeiten abgehalten haben würden, ihre Gelder noch ein Mal auf Hypotheken auszugeben.

— Die **Frohleichtnams-Prozessionen**, welche am Donnerstag der vergangenen Woche begonnen haben, werden nächsten Donnerstag beendet werden. Am Sonnabend stand unter großer Beteiligung hauptsächlich der ländlichen Bevölkerung aus dem Umgegend unserer Stadt die Prozession von der katholischen Pfarrkirche nach den vier Evangelien-Altären am Alten Markt statt. In früheren Jahren pflegten zahlreiche Bettler und Krüppel, welche speziell zur Frohleichtnams-Oktave aus der Provinz nach Posen kamen, vor der Pfarrkirche und in der Jesuitenstraße sich aufzutun und die Vorübergehenden mit den herzzerreisendsten Gefangen und Geberden um Almosen anzulehnen. Es war diesmal dafür gesorgt worden, daß diese Bettler nicht mehr ihren gewöhnlichen Platz einnehmen durften, indem vor der Kirchentür zwei Schuhmänner aufgestellt waren, welche die Passage frei erhielten; so hatten sich denn die Bettler meistens in die Kirche zurückgezogen.

— Im **Handwerkerverein** hielt am Montag Herr Dr. Wenzel einen Vortrag über das allmäßige Wachsthum des preußischen Staates, der mit lebhaften Beispielen aufgenommen wurde. Eine Frage über die Bedeutung des Frohleichtnamsfestes wurde gleichfalls von demselben beantwortet. Das Wort Froh, welches z. B. noch in der Zusammenziehung Frohdiest erhalten ist, bedeutet so viel als Herr, und Frohleichtnam heißt demnach: Leichtname des Herrn, d. h. Jesu Christi. Das Fest des Leichtnams des Herrn fällt eigentlich auf den Charfreitag, wird jedoch seit dem 13. Jahrhundert in der katholischen Kirche im Sommer gefeiert, theils weil diese Jahreszeit zur Entfaltung des äußeren Glanzes bei den Prozessionen günstiger ist, theils auch in Folge der Vision einer Nonne zu Lüttich, welcher am Munde ein Stück zu fehlen schien; diese Vision wurde dahin ge deutet, daß der Christlichkeit noch ein Feit fehle, und demnach von Papst Urban IV. das Frohleichtnamsfest zur Feier der wunderbaren Verwandlung des gesegneten Brodes in den Leib des Herrn angeordnet. — Vom Vorstande, Herrn Ziegler, wurde mitgetheilt, daß der Vorstand die Feier eines Sommersfestes beschlossen habe. Dasselbe soll Sonnabend den 12. d. M. in dem Vereinslokal und dem dazu gehörigen schönen Garten stattfinden; an ein Konzert, welches um 8 Uhr Abends beginnen wird, soll sich um 10 Uhr ein Tanzkranz anschließen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und ernannte zum Arrangement des Festes, ein aus 3 Mitgliedern bestehendes Festkomitee.

— Die **Regulirung des Karmelitergrabens** schreitet trotz mancher Störungen durch starke Regengüsse, welche wir in den beiden vergangenen Wochen hatten, andauernd vorwärts. Bereits ist der Damm, welcher oberhalb der Schützenbrücke aufgeschüttet wird, so weit gediehen, daß nächstens zur Pfisterung wird übergezogen werden. Es werden dazu Kopfsteine verwandt werden. Der Sand zur Aufschüttung des Damms sowie zu den übrigen Regulirungsarbeiten wird von einer Parzelle Landes entnommen, welche links vom Eichwaldweg vor der Brücke über dem alten Warthearm liegt. Die sämtlichen Regulirungsarbeiten werden 1900 Schachtruten, d. h. etwa 7600 Kuben Erdreich erfordern. Bereits wird der Graben zwischen Schützenbrücke und der Brücke hinter der Bernhardinerkirche ausgeschlammmt, um auch hier alsbald mit der Auffüllung vorgehen zu können.

— Die **Mazzia**, welche in der Nacht vom Freitag zum Sonnabende begonnen hatte, wurde in der darauf folgenden Nacht fortgesetzt; es wurden in den Glaes und Buchwerken innerhalb und außerhalb der Stadt 15 obdachlose Personen verhaftet.

— Das **Fahren mit Velozipeden** durch die Straßen innerhalb der Stadt ist in Wien auf das Strengste verboten worden. Auch bei uns dürfte ein gleiches Verbot nicht überflüssig erscheinen, denn vor einigen Wochen, eines Sonntags in der Mittagsstunde, durchzogte ein Veloziped die Schützenstraße, selbstverständlich das Trottoir benutzend, und ramte dabei ein Kind von etwa 4 Jahren um. Glücklicherweise kam dasselbe mit dem Schred und einer großen Beule am Kopfe davon, konnte sich aber eben so leicht den Hirnschädel spalten oder Arm und Bein brechen, da es mit großer Hestigkeit gegen eine Steintreppe geschleudert wurde. — Da gerade vom Bierbrauer des Trottoirs die Rede ist, sei bemerkt, daß der selbe wohl kaum anderswo größer sein kann, als hier in Posen. Arbeiter mit Schubkarren oder Bretter auf den Schultern tragend, Mädchen mit Kinderwagen oder Waschkannen, Milchfrauen und Bäckerjungen mit ihren Tragörtern auf dem Rücken, Schornsteinfeger mit Leiter und Besen, das sind die das Trottoir benutzenden Hauptpersonen, denen man ständig aus dem Wege gehen kann. Eine wiederholte Veröffentlichung der betreffenden polizeilichen Bestimmungen, und wenn das nicht fruchtet, unnachlässliche Bestrafungen erscheinen dringend geboten, wenn dem hier so sehr eingerissenen Unfuge gründlich gesteuert werden soll.

— Eine **Stuten- und Hohlenbau**, arrangirt von dem Posener landwirtschaftlichen Verein, findet hier selbst am 18. d. M. früh 9 Uhr auf dem Kanonenplatz statt; an der damit verbundenen Prämienverteilung nehmen jedoch nur kleinere Grundbesitzer des Posener Kreises für gute Buchstaben und unter Berücksichtigung ihrer gleichzeitig vorzuführenden Höhle Theil.

— **Remontemärkte** finden im Laufe dieses Monats in nachstehenden Städten unseres Regierungsbezirks statt:

am 3. Junt in Kroświn,	am 16. Junt in Rokien,
5. . . Ostrowo,	17. . . Graustadt,
7. . . Bleschen,	21. . . Weseritz,
8. . . Neustadt a. B.,	23. . . Birke,
9. . . Wreschen,	24. . . Neustadt b. B.,
11. . . Schrada,	25. . . Bul,
12. . . Schrimm,	26. . . Posen,
14. . . Gostyn,	28. . . Mur.-Goslin.

Die von der Militärmarkt erkaufsten Pferde — vorgangsweise im Alter von 3, und nur ausnahmsweise von 4 bis 5 Jahren — werden zur Stelle abgenommen und soforthaar bezahlt. Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkaufsten Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit eisernem zweimähnigem Gebiß, eine starke Kopfhalfter von Leder oder Hans mit 2 mindestens 6 Fuß langen starken Stricken, ohne besondere Bergütung mitzugeben. — Da das Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten die Absicht hat, zur Deckung des Bedarfs der königlichen Landgerüte auch ferner geeignete junge Hengste bei Privatzüchtern im Lande anlaufen zu lassen, so hat, um von dem Vorhandensein solcher jungen Thiere, bevor sie auf öffentliche Märkte gelangen, Kenntniß zu erhalten, das Kriegsministerium die Mitwirkung der Militär-Auktionskommission angestellt und dieselbe mit Anweisung versehen, daß sie von den bei Gelegenheit ihrer Reisen vorkommenden, gut gezogenen, feblerfreien und zur Lust geeigneten jungen Hengsten Rotz zu nehmen und dem k. Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten davon Mittheilung zu machen hat, damit letzteres sodann die nähere Besichtigung und Unterhandlung durch k. Gesetzbeamte veranlassen kann. Der Militär-Auktionskommission können daher bei Gelegenheit der obigen Märkte auch die verkauflichen jungen Hengste, jedoch nur solche, welche nicht unter drei Jahr alt sind, zur vorläufigen Besichtigung zugestellt werden.

— **Hagelschlag**. Nach hier eingegangenen Berichten sind einige Theile der Kreise Grünland, Chodzken, Schubin und Wirsig fast gleichzeitig von erheblichen Hagelschlägen betroffen worden. Etwa um 11 Uhr Abends am 29. d. Mts erhob sich ein Gewitter verbunden mit heftigem Hagelschlag, welches nach Angabe der Beobachtungen die Feldfrüchte fast total vernichtet haben soll. Man führt uns die Domänen und Dörtschaften Bryszorzyław, Zelniewo, Bielawy, Drongow, Ołtice, Jawady und die Feldmarken der Städte Nakel und Schönlanke an.

R. **Gempin**, 29. Mai. [Kinderfest.] Dies Thema wird zwar jetzt aus allen Gegenden unserer Provinz nach Kräften ausgebeutet und es heißt schließlich — Bäume in den Wald tragen, von Neuen und besonders aus unserer kleinen Stadt ein Referat darüber loszulassen — aber das am 27. Mai hier stattgehabte Kinderfest war ein in jeder Beziehung so gelungenes, daß dem Veranstalter desselben, Herrn Lehrer Püschel, eine öffentliche Anerkennung seiner Leistungen nicht versagt werden darf. Begünstigt vom schönen Wetter zog Mittags 1 Uhr eine Schaar von über 170 festlich geschmückten Kinder unter Vorantritt einer Posener Militärapelle hinaus auf eine herrliche vom schönen Laubwald umzäunte Wiese, die bereitwillig Herr von Delhaes als Festplatz zu benutzen gestattet hatte. Herr Baumeister Schmitt hatte keine Kosten gescheut, ringum Zelte, Tische, Bänke und mehrere Klei-

terstangen aufzurichten zu lassen und sammelten sich in kurzer Zeit einige Hundert Eltern und Erwachsene aller Konfessionen von Stadt und Land auf dem Festplatz. Eine allgemeine Polonaise durch den Wald eröffnete das auch nicht durch den leisesten Niethon gestörte Fest. Den Mittelpunkt des Festes bildeten die Gefangenvorträge und Declamationen der Kinder, die sich allgemeine Anerkennung erwarben. Der an einer 30 Fuß hohen Stange befestigte, sehr sauber gearbeitete riesige Adler, machte den Armbrustschützen ziemlich zu schaffen und gelang es blos, ihm Septer, Schwert und Schnabel abzuschneiden; die Krone wankte wohl, aber fiel nicht. Abends 10 Uhr brillanter Einzug in die Stadt unter Beileidnahme fast sämtlicher Einwohner. Das allgemeine Urtheil: „So schön war noch kein Kinderfest; der Lehrer hat ein wahres Volksfest daraus gemacht!“

Er. **Grätz**, 30. Mai. Der in der letzten am 8. d. Mts. stattgehabten Sitzung des ehemaligen hiesigen Turnvereins beßt die Gründung eines neuen Turnvereins mit Feuerwehr- und Rettungsverein gewährte Ausschüsse hatte zur Besprechung in dieser Angelegenheit 117 Herren zu einer Versammlung im Schützenhaus auf den 26. d. Mts. eingeladen und waren die meisten der Geladenen erschienen. Das Resultat der Besprechung war, daß ein Turn-Rettungsverein ins Leben gerufen werden sollte und zwar in der Art, daß bei vor kommendem Feuer alle Mitglieder ohne Ausnahme verpflichtet sein sollen, auf dem Platze zu erscheinen und Hilfe zu leisten, daß außerdem aber Denigen, welche Lust und Liebe zum Turnen haben, von dem Vereine Gelegenheit geboten werden sollte, unter einem die Turnübungen leitenden Turnwarte wöchentlich einmal zu turnen. Zur Ausarbeitung der Statuten für den Verein wurde ein Komitee aus fünf Mitgliedern gewählt, nämlich den Herren Lehrer Dalski, Hotelbesitzer Kukuer, Lehrer Käffler, Maurermeister Emde und Schornsteinfegermeister Wende. Der der Versammlung beiwohnende Magistratsdirigent Dr. Baeutisch versprach dafür zu sorgen, daß dem Vereine die erforderlichen Utensilien und Feuerlöschgerätschaften aus der Kämmereikasse angebaut werden.

X. **Nogasen**, 28. Mai. Das Gymnasialgebäude geht seinem vollständigen Austritt entgegen; in voriger Woche wurde dasselbe vom Hrn. Baurath Koch aus Posen in Augenschein genommen. Auch mit Aufführung der Nebengebäude ist bereits begonnen worden und steht deren Vollendung in kurzer Zeit bevor. — Auch mit dem Bau des evangelischen Schulgebäudes ist vorige Woche, nachdem der Bau über 2 Monate zu ruhen schien, rüstig begonnen worden; überhaupt scheinen sich in diesem Jahre Symptome größerer Baulust zu entwickeln. So läuft der Kaufm. W. hier am alten Markt ein schönes massives Gebäude aufführen. Bei dem Mangel an Wohnungen und deren gestiegerten Mietpreisen finden Baulustige gute Gelegenheit, ihre Kapitalien besser zu verzinsen.

Bromberg, 27. Mai. Vor mehreren Tagen ist mit Fundamentierung des neuen Militärlazinos am Ende der Wilhelmstraße vorgegangen worden, welches wennes auch nicht, wie das Glensburger 60.000 Thlr. kosten wird, doch bei der günstigen Lage unserer Finanzverhältnisse jedenfalls ein sehr zeitgemäßes Unternehmen ist. Das neue Seminar dagegen, welches seiner Vollendung nahe ist, kann aus Mangel an ausreichenden Geldmitteln vorläufig nicht vollendet werden. — Gegenwärtig cirkuliert in der Stadt eine Adress an den bisherigen Oberbürgermeister v. Holler zur Unterschrift, welche denselben bei seinem Scheide aus dem Amt überreicht werden soll und welche ihm neben der Anerkennung seiner bedeutenden Verdienste um die Stadt zugleich das Bedauern ausspricht, daß ihm die Leitung der städtischen Angelegenheiten entzogen sei. (D. 3.)

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin. Vor der VII. Deputation des Kriminalgerichts wurde am 28. Mai die am 7. vergangene Verhandlung gegen den Schriftsteller Edward Kattner wegen Vergehens gegen die §§. 100, 101 und 102 des Strafgesetzbuchs fortgesetzt, indem der Gerichtsschreiber die 50 Seiten enthaltende Schrift von Albert Fritsch erzielte. Broschüre: „Bildung und Sittlichkeit unter dem Einfluß der Orthodoxie in Preußen“ verfasst. Dies dauerte 2 Stunden. Staatsanwalt Schüp wiederholte darauf seinen, in der vorigen Sitzung gestellten, auf sechs Wochen Gefängnis laufenden Strafantrag, ein weiteres Eingehen auf den strafrechtlichen Inhalt der Schrift, nachdem dieselbe jetzt vollständig verlesen, für überflüssig erachtend. Noch einmal ergreift der Vertheidiger Rechtsanwalt Meyen das Wort, um den Gerichtshof von der Straflosigkeit seines Klienten zu überzeugen, dessen beste Vertheidigung der Gesamtinhalt der Broschüre sei. Der Angeklagte habe nicht die Absicht gehabt, gegen irgend eines der angezogenen Strafgeye zu vertheidigen; ebenso wie Molire als Urbild der Scheinheiligkeit ein Tartuffe vorgezeichnet, habe ihm als ein solches der evangelischen Orthodoxie der Konfessorialrath Taube in Bromberg gegolten, nicht in der Person, sondern in der Sache hätten die Angriffe ihr Endziel gehabt; nicht der amtliche Prediger, sondern der an die Öffentlichkeit tretende Schriftsteller sei angegriffen und seine schriftstellerische Tätigkeit einer erlaubten, wenn auch scharfe Kritik unterzogen worden, die sich indeß stets in den Grenzen der Wissenschaftlichkeit und Objektivität gehalten habe. Dass es keine Beleidigung sei, ein „Meister der Minim“ zu sein, wie z. Taube in der Schrift bezeichnet werden, dürfe als selbstredend angenommen werden. Redner widerspricht der Annahme des öffentlichen Anklägers, daß in dem Begriffe der heuchlerische Orthodoxy! — sind die Schlußworte der Vertheidigung — „ich erwarte die Freisprechung meines Klienten.“ Das nach Verlauf einer Stunde publizite Erkenntniß lautet auf Schuldig der mittelst der Presse verübten Schmachung von Anordnungen der Obrigkeit, sowie der Beleidigung der Konfessorialräthe Romberg und Taube und verurtheilt z. Kattner zu einer Geldstrafe von 70 Thlr. event. zu einem Monat Gefängnis, spricht auch die Vernichtung der als strafbar erachteten Stellen der Broschüre in den vorstehenden Exemplaren aus und den beleidigten beiden Seelsorgern die Befugniß der Publikation des Tenors dieses Urteils binnen vier Wochen nach der Rechtskraft, in der Presse „Voss. Zeitung“ zu. Wegen des auf § 100 des Strafgesetzbuchs basierenden Theiles der Anklage, der gegenseitigen Anreizung der Staatsangehörigen zum Hass und zur Verachtung, war das Nichtschuldig und im Ganzen die Annahme mildernder Umstände ausgesprochen, die der Vorstehend — Stadtkonsistorialrat Meijer — in dem Bestreben des Angeklagten motivirt, ihm als Gebrechen erscheinende Übelstände durch drastische Mittel heilen zu wollen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Köln, 29. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde beschlossen, die Dividende pro 1868 auf 7 1/2 % festzustellen. Sämtliche vorgelegten Anträge der Direktion wurden von der Versammlung genehmigt.

** Das Hamburg-New-Yorker Postdampfschiff „Borussia“, Kapitän Heibich, welches am 8. Mai von Hamburg direkt nach New-York abgegangen, ist am 24. Mai, 8 Uhr Morgens wohlbehalten dort angekommen.

Wien, 31. Mai. (Tel.) Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betragen in der Woche vom 21.—27. Mai 588,062 Thl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 15,105 Thl.

Dresden, 30. Mai. Die heutige General-Versammlung der Aktionäre der Auff.-Dampfer-Bahn genehmigte den Geschäftsbetrieb und die Rechnungen des Jahres 1868 nebst der Dividende-Bertheilung von 21 Thl. per Aktie. Bei der Wahl zweier Verwaltungsräthe erhielten die Herren Dr. Kille und Karl Wolfram die meisten Stimmen. Schließlich fanden die vom Verwaltungsrath entworfenen Statuten für das gesellschaftliche Pensionsinstitut Annahme in bloc.

Paris, 31. Mai. (Tel.) Heute wurde die Subskription auf die neuen Obligationen der Stadt Paris eröffnet. Die Beteiligung des Publikums war eine sehr bedeutende.

Lissabon, 30. Mai. (Tel.) Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 8. d. (per Dampfer „Douro“) betrugen die Abladungen an Kaffee seit jetzt fast 1000 Th. nach der Elbe und dem Kanal 37,200, nach Nordamerika 39,000, nach Gibralter und dem Mittelmeer 25,200 Sac. Borrath 90,000 Sac. Preis für good first 7500 à 7700 Réis. Kurs auf London 18% à 18 1/2 d. Frachtkosten nach dem Kanal 40 Sh. Abladungen von Santos nach Rio de Janeiro 26,700.

Bermischtes.

* Danzig, 30. Mai. Für die unter der Kollektiv-Bezeichnung „Umwandlung“ auf der lgl. Ostbahn zur Verbindung kommenden Gegenstände ist nunmehr neben dem bisherigen Bentzertarif ein Achstarif eingeführt. Die Verleger haben die Auswahl. Die Achstarif beträgt bei einer Tragfähigkeit des Wagens von unter 100 Th. 10 Sgr. für jede notwendig zu verwendende Achse und jede angefangene Meile. Das Auf- und Abladen bei dieser ohne Verriegelung des Guts zulässigen Beförderungsweise ist Sache des Verleger's oder resp. Empfängers. Auf den unter der Direktion d. lgl. Ostbahn stehenden Eisenbahnen wird diese Einrichtung vom 1. Juni c. ab eingeführt. (D. 3.)

Brzostow, 30. Mai. Außer dem Geh. Justizrat und Universitätsräther Dr. Behrens hat Breslau auch einen talentvollen Schriftsteller, den Oberlehrer Selsam, in weiteren Kreisen durch das im Verein mit seinem Bruder herausgegebene Lesebuch für Volksschulen bekannt, im Laufe dieser Woche zu Grabe getragen. — Das Frohleichtnamsfest ist hier wie gewöhnlich in höchst polnischer Weise begangen worden, nur hat die Prozession im Kreis und die Aufstellung der Aliare des schlechten Betters wegen unerträglich müssen. — Die hiesige Kunstaufstellung ist am vorigen Sonnabend eröffnet worden und hören wir von Kennern, daß sich auf derselben höchst beachtenswerthe Gemälde befinden — Unser neues Vaudeville-Theater, vor dem Ohlauer Thor in der Nähe der Promenade stehend, geht seiner Vollendung entgegen und soll am 1. August eröffnet werden; nicht ganz ohne Rücksicht auf dies Gebäude hat die neue Straße, an der es gelegen ist, den Namen Lessingstraße erhalten. — Ein Bewohner ihrer Provinz machte vor Kurzem in einer hiesigen Zeitung darauf aufmerksam, daß es wohl billig sei, zu Ehren unseres schlesischen Dichtergreis Holtei noch bei dessen Geburtszeit eine hiesige Straße mit dessen Namen zu benennen, woran hoffen, daß diesem Wunsche, der auch der unselige ist, genügt werden möge. Im großen Theater gärtten Tel. Ariot und Mayr noch immer und tritt lebte heute zum 3. Male in der hier noch nicht geöffneten komischen Oper „die Großerzogin von Gerolstein“ auf. — Am 5. Juli feiert das hiesige Ober-Bergamt das 50jährige Jubiläum seines Bestrebens und ist für diese seltene Feier bereits durch Auseinandersetzung des Brustbildes Sr. Majestät beglückt worden. — Durch Provinzialnachrichten erfahren wir, daß in Myslowitz ein Konflikt mit den Russen stattgefunden hat, indem die russische Einwohner, die eine kirchliche Feier jenseits der Grenze besuchten, wegen mangelnder Legitimation verhaftet worden waren. Als Repressalien wollte man einen russischen Offizier und den russischen Soldaten aus Myslowitz befreien, welche sich ebenfalls in Myslowitz befanden, und den dortigen Bürgermeister gelang es nur mit großer Mühe, die beiden Russen glücklich über die Grenze zu bringen. — Dass eine Erneuerung der nachstens ablaufenden Kartellkonvention mit Russland nicht beabsichtigt wird, werden Sie wohl bereits erfahren haben. Die aus Berlin einer hiesigen Zeitung zugegangene Nachricht, daß die diesseitigen Grenzbehörden dieserthalb bereits mit entsprechender Anweisung verfehlt seien, darf als vertraulich bezeichnet werden; wenigstens sind für die Provinz Schlesien noch keine dergleichen Bestimmungen ergangen. — Die Berichte über den Stand unserer Feldstreitkräfte sind nicht ganz zufriedenstellend, der rothe Klee soll durch den Frost stark gelitten haben und der Raps durch den Glanzfänger arg mitgenommen worden sein. — Nur die rechte Oderseite soll in ihren besseren Kreisen, Dols, Namslau, Neuruppin ic. gute Saaten und vorzügliche Butterchäse aufzuweisen haben. Wir wünschen, daß dieser besser durchwinterte Landstrich sich tiefe in Ihre Provinz hinein ausdehnen möge.

* Wesel, 30. Mai. Neuere Nachrichten stellen die Explosion erheblich weniger schrecklich dar. Nur das Hauptgebäude des Laboratoriums ist zerstört, das Bündnerhaus und das Feuerhaus sind ganz unversehrt geblieben. Ein Oberfeuerwerker, ein Feldwebel und 7 andere Soldaten des 53. Infanterieregiments haben sehr erhebliche Brandwunden davon getragen. Viele der schwerverwundeten sind auf dem Transport nach dem Militärlazarett ihren Leiden erlegen.

Gericht in Oktrowo das den Litwinischen Choleuten geh. Gft. Laskin Nr. 9, Tage 2390 Thlr. 3) Bei dem Kreisgericht in Schönlanke das dem Marcus geh. Gft. Pugl Nr. 36, Tage 1470 Thlr.

(Eingesandt.)

Schrimm. Das im hiesigen Kreise belegene Rittergut Jawor hat vor einigen Jahren die Kommanditgesellschaft Brzinski, Chlapowski, Plater u. Co. in der Subhastation erstanden und für eigene Rechnung verwalten lassen. Vor dem Pfingstfeste ist ein Verkauf dieses Gutes, zu welchem etwa 1800 Morgen Landes gehören, für 60,000 Thlr. an Hrn. Joseph v. Krajewski unter Bewilligung langfristiger Zahlungsfristen zu Stande gekommen. Das durch Nebenahme der Pfandbriefschuld nicht gedeckte Kaufgut ist dem Erwerber theils zinsfrei, theils zu einem Sate von 2½ Proz. gestundet worden. Der Kauf und Verkauf von Gütern durch die genannte Gesellschaft in dieser Art entzieht, wenn eine ähnliche Stundung auch bei den früher durch dieselbe erworbenen und wieder verkauften Gütern Janowiec x. stattgefunden haben sollte, einen ansehnlichen Theil des Grundkapitals dem Verkehr und der Gewinnantheil der Aktionäre zu Gunsten der Tendenz, den Grundbesitz der Polen zu vermehren, wird geschmälert.

N.

(Eingesandt.)

Regulir.-Osen. Wir hatten fürlich Gelegenheit, einen sogenannten Regulir.-Osen kennen zu lernen. Die Eigenbümligkeit dieser Osen besteht darin, daß sie nur alle drei oder vier Tage mit gesetzten

Aufkohlen einmal geheizt zu werden brauchen und dann während dieser Zeit eine gleichmäßige Wärme abgeben. Auch kann damit eine sehr zweckmäßige Ventilation, welche frische Luft zu und die schlechte abschürt, verbunden werden. Die Vortheile dieser Art Osen sind evident, da die Erspartnis allein an Brennmaterial circa 50 Prozent beträgt. Der Preis variiert von 6 Thlr. bis zu 200 Thlr. je nach Größe und Eleganz. Ein reichhaltiges Musterlager davon hält am hiesigen Orte Herr Tepziger Sturzel, Wilhelmplatz.

H.

Beachtenswerth.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Fuhrleute, welche Auftrag hatten, von mir Bier zu laden, es auf Zureden von Anderen genommen haben. Es gingen demzufolge Klagen bei mir ein über Biere, welche gar nicht von mir entnommen und bitte ich daher die werthen direkten und indirekten Konsumenten meiner Biere darauf zu achten, daß den Korken der Flaschenbiere, welche aus meiner Handlung hervorgehen, meine Firma eingebraut ist.

Posen, im Juni 1869.

Friedrich Dieckmann.

Angelommene Fremde
vom 1. Juni
MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Götz, Baumgart und Grande

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt im Dienstlokal des königl. Steuer-Amtes zu Pinne

am 12. Juni c.,

Vormittags 11 Uhr,

die Chausseegeld-Erhebung der Gebestelle zu Pinne, zwischen Posen und Pinne belegen, an den Meistbietenden mit Vorbehalt höheren Bischlags vom 1. Juli d. J. ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 100 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei dem Steuer-Amte zu Pinne zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns (im Registratur-Simmer) als bei dem Steueramt in Pinne von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 24. Mai 1869.

Königliches Haupt-Steueramt.

Bei der am 4. Januar c. stattgehabten Verlösung der 5% Stadt-Obligationen für die hiesigen Wasserwerke sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. A. Nr. 103. 215. 290. 339. 380. 472. 559.
562. 618. 643. 720. 904. 1059. 1171.

1180. 1306. 1453. à 40 Thlr.

Den Besiegeln der vorstehend bezeichneten Stadt-Obligationen kündigen wir dieselben mit dem Bemerkern, daß deren Valuta nach dem 1. Juli d. J. in unserer Kammer-Kasse in Empfang genommen werden kann.

Von den früher gelösten Obligationen werden folgende Nummern und zwar:

Litt. A. Nr. 1339 über 40 Thlr.

Litt. B. Nr. 478 über 100 Thlr.

wiederholt aufgerufen mit dem Bemerkern, daß die Valuta für diese Obligationen seit deren Amortisation auf Gefahr des Empfangsberechtigten und unverzinst im Depositum liegt.

Posen, am 4. Januar 1869.

Der Magistrat.

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Es soll die Ausführung der Maurerarbeiten an den kleineren Brücken und Durchlässen der IV. Bau-Abteilung (Bweigbahn Inowraclaw-Bromberg) im Wege der Submission vergeben werden. Die näheren Bedingungen und Bedingungen können täglich in den Dienststunden im Abteilungsbureau Gr. Wilczek Nr. 4 eingesehen werden, auch werden die Bedingungen, sowie die Submissionsformulare auf portofreien Antrag kostenfrei abgegeben.

Unternehmungslustige wollen ihre vertragten Offerten mit der Aufschrift:

Submission auf Maurerarbeiten zu den kleineren Brücken und Durchlässen der IV. Bau-Abteilung der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn

bis zum 10. Juni c.,

Vormittags um 10 Uhr,

dem Unterzeichneten einreichen.

Bromberg, den 26. Mai 1869.

Der Abtheilungs-Baumeister

Ballas.

Die zweite Lehrstelle an der evangelischen Schule zur Mur-Goslin, Kreis Dobritz, mit einem Einkommen von 138 Thalern baar, einem Grundstück von 4 Thlr. Ertragswert, sowie freier Wohnung und Brennholz, ist vom 1. Juli c. zu befreien.

Mur.-Goslin, den 30. Mai 1869.

Der Schulvorstand.

Handels-Negister.

Der Kaufmann Carl Tanne zu Breslau hat für seine in Breslau unter der Firma: Vereinsbuchhandlung Carl Tanne bestehende und in dortigen Firmen-Register unter Nr. 2354 eingetragene Haupt-Handelsniederlassung, in Posen eine Bweig-Handelsniederlassung errichtet, die in unteren Firmen-Register unter Nr. 1103 aufgezogene Verfugung vom 27. Mai d. J. heute eingetragen ist.

Posen, den 28. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Monats-Uebersicht der Provinzial-Aktienbank des Groß-herzogthums Posen.

Activa.

Geprägtes Geld Thlr. 820,160.
Noten der Preußischen Bank und Kasen-Anweisungen 3,300.
Wechsel 1,331,360.
Lombard-Bestände 382,620.
Effekta 16,660.
Grundstück und diverse Börderungen 97,740.

Passiva.

Noten im Umlauf Thlr. 938,950.
Forderungen von Korrespondenten 9,300.
Deposten mit zweimonatlicher Kündigung 19,400.
Posen, den 31. Mai 1869.

Die Direktion.

III.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Wollstein.

Erste Abtheilung.

Das den Johann Christian und Johanne Julianne Krüger'schen Choleuten gehörige, zu Alt.-Scharka unter Nr. 29, befindliche Grundstück, gerichtlich abgeschäft auf 6308 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 6. Juli 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gerichte anzumelden.

Wollstein, den 21. November 1868.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,
8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

Wollstein, den 21. November 1868.

II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,

8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

Wollstein, den 21. November 1868.

III. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,

8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzesehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

Wollstein, den 21. November 1868.

IV. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,

8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzesehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

Wollstein, den 21. November 1868.

V. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,

8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzesehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu melden.

Wollstein, den 21. November 1868.

VI. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreis-Gericht zu Birnbaum,

8. Dezember 1868.

Das dem Gutsbesitzer Otto Carl Daniel Wyczynski gehörige Grundstück Mylin Nr. 6/1, abgeschäft auf 26,482 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzesehenden Taxe, soll

am 17. Juli 1869,

Vormittags um 11 Uhr,

an ordentlicher Ger

Erbsen unverändert, p. 2250 Pf. loko Butter 52—54 Rt., Koch 56 bis 58 Rt.
Mais p. 100 Pf. loko 61½ Sgr. bz.
Winterkülsen pr. Septbr.-Oktbr. 89½, 1, 90 Rt. bz., 89½ Br.
Rüböl behauptet, loko 11½ Rt. Br., pr. Mai und Mai-Juni 11½ Br., Br., ½ Bd., Sept.-Okt. 11½, ½ bz., Bd. u. Br.
Spiritus wenig verändert, loko 17½ Rt. bz., pr. Mai-Juni 16½, 17½ Rt. bz., Juni-Juli 17 bz. u. Bd., Juli-August 17½ bz., August-Sept. 17½ Br. u. Bd., Sept.-Okt. 17 Bd.
Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl, 40,000 Quart Spiritus.
Regulierungspreise: Weizen 68½ Rt., Roggen 52½ Rt., Rüböl 11½ Rt., Spiritus 16½, 17½ Rt. (Dtsr.-Stg.)

Breslau. 31. Mai. [Amtlicher Produktions-Börsenbericht.]
Roggen (p. 2000 Pf.) höher, pr. Mai 47½—48 bz., Mai-Juni 47½ Bd., Juni-Juli 47½—8 bz. u. Bd., Juli-August 47½ bz., Sept.-Okt. 47½ bz., Okt.-Novbr. 47½ bz. u. Br.
Weizen pr. Mai 64 Br.
Gerste pr. Mai 47 Br.
Hafer pr. Mai 48½ Br., Juni-Juli 48½ bz.
Lupinen vernachlässigt, p. 90 Pf. 52—54 Sgr.
Rüböl fest, loko 11½ Br., pr. Mai 11½ bz., Mai-Juni u. Juni-Juli 11½ Br., Sept.-Okt. 11½ bz., Okt.-Novbr. 11½ bz., 11½ Br., Nov.-Dezbr. 11½ Br.
Rapsflocken 68—70 Sgr. pr. Ctr.
Beinkuchen 86—88 Sgr. pr. Ctr.
Spiritus geschäftsfrei, loko 16½ Br., pr. Mai 16½ Bd.
u. Br., Mai-Juni 16½ Br., Juni-Juli 16½ bz. u. Bd., Juli-August 16½ Br., August-Sept. 16½ Br., Sept.-Okt. 16½ Bd.
Regulierungspreise pro Mai 1869: Roggen 48, Weizen 64, Gerste 47, Hafer 48½, Raps —, Rüböl 11½, Spiritus 16½, 17½ Rt. Bink ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Breise der Cerealien. (Beschreibungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 31. Mai 1869.

	feine	mittlere	ord. Ware.
Weizen, welcher	74—77	73	66—69 Sgr.
do. gelber	75—77	74	67—72
Roggen, schlechter	61—62	60	59
Gerste	50—54	49	43—47
Hafer	39	38	34—37
Erbsen	65—68	61	55—58

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Vieh.

Berlin, 31. Mai. Auf heutigem Viehmarkt waren am Schlachtvieh zum Verkauf angeboten:
2008 Stück Hornvieh. Obgleich die heutige Buttrift stark war, bewegte sich doch der Handel lebendiger, da viele Geschäfte nach Hamburg und England geschlossen wurden. Prima erzielte 17 Rt., Sekunda 13 a 15 Rt., Terza 10 a 12 Rt. per 100 Pf. Fleischgewicht.
3168 Stück Schweine. Exportgeschäfte nur schwach; Marktverkehr minder lebhaft, der Markt wurde von Waare nicht geräumt. Beste feste Kernwaare wurde per 100 Pf. Fleischgewicht mit 17 a 18 Rt. bezahlt.
14,126 Stück Schafvieh. Die Buttrift war zu stark und wurde nicht

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 31. Mai 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	97 bz
Staats-Anl. v. 1859	5	102½ bz
do. 1864, 5, A.	4½	93 bz
do. 1867	4½	93 bz
do. 1859	4½	93 bz
do. 1866	4½	93 bz
do. 1864	4½	93 bz
do. 1867 A.B.D.C.	4½	93 bz
do. 1850, 52 conv.	4½	85 bz
do. 1853	4½	85 bz
do. 1862	4	84 bz
do. 1868 A. 4	4	84 bz
Staatschuldtheine	3½	82 bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	123 bz
Kurz. 40 Tglr.-Obl.	—	57 bz
Kur. u. Neuem. Schdl.	2½	78 bz
Überdebtanl.-Obl.	4½	91½ bz
Berl. Stadtbölg.	5	101 bz
do. do.	4½	93½ bz
do. do.	3½	73½ bz
Berl. Börs.-Obl.	5	101 bz
Berliner	4½	—
Kur. u. Neuem.	3½	72½ bz
do. do.	4½	82½ bz
Ostpreußische	3½	73 bz
do. 4½	81½ bz	
do. 4½	89 bz	
Pommersche	3½	72½ bz
do. 4½	82½ bz	
Posensche	4	—
do. neue	4	83 bz
Sächsische	4	—
Schlesische	3½	—
do. Lit. A.	4	—
do. neue	4	—
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Kommerz.	4½	87½ bz
Bösenische	4	—
do. neue	4	83 bz
Wettbewerbsche	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Bösenische	4	87½ bz
do. neue	4	83 bz
Wettbewerbsche	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtnerische	4	89½ bz
do. Lit. A.	4	88 bz
do. neue	4	83 bz
Westpreußische	3½	71½ bz
do. 4½	81 bz	
do. neue	4	80½ bz
Aktien	4½	88½ bz
Kur. u. Neuem.	4	88 bz
Pommersche	4	85½ bz
Preußische	4	87½ bz
Rhein.-Westf.	4	89½ bz
Gärtner		